

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

46. Jahrgang · 16. Wahlperiode · Ausgabe 3 · 30. April 2015

Erneuerbar

In welche Zukunft geht das Energieland NRW? Der Landtag debattierte über die weitere Reduzierung des CO₂-Ausstoßes, die geplante Abgabe für ältere Kohlekraftwerke und den Ausbau erneuerbarer Energien. S. 3

Erwanderbar

Der Landtag am Rhein ist aus dem Stadtbild Düsseldorfs nicht mehr wegzudenken. Wo die Abgeordneten früher tagten, soll das Projekt „Wege der parlamentarischen Demokratie“ zeigen. S. 6-7

Erlernbar

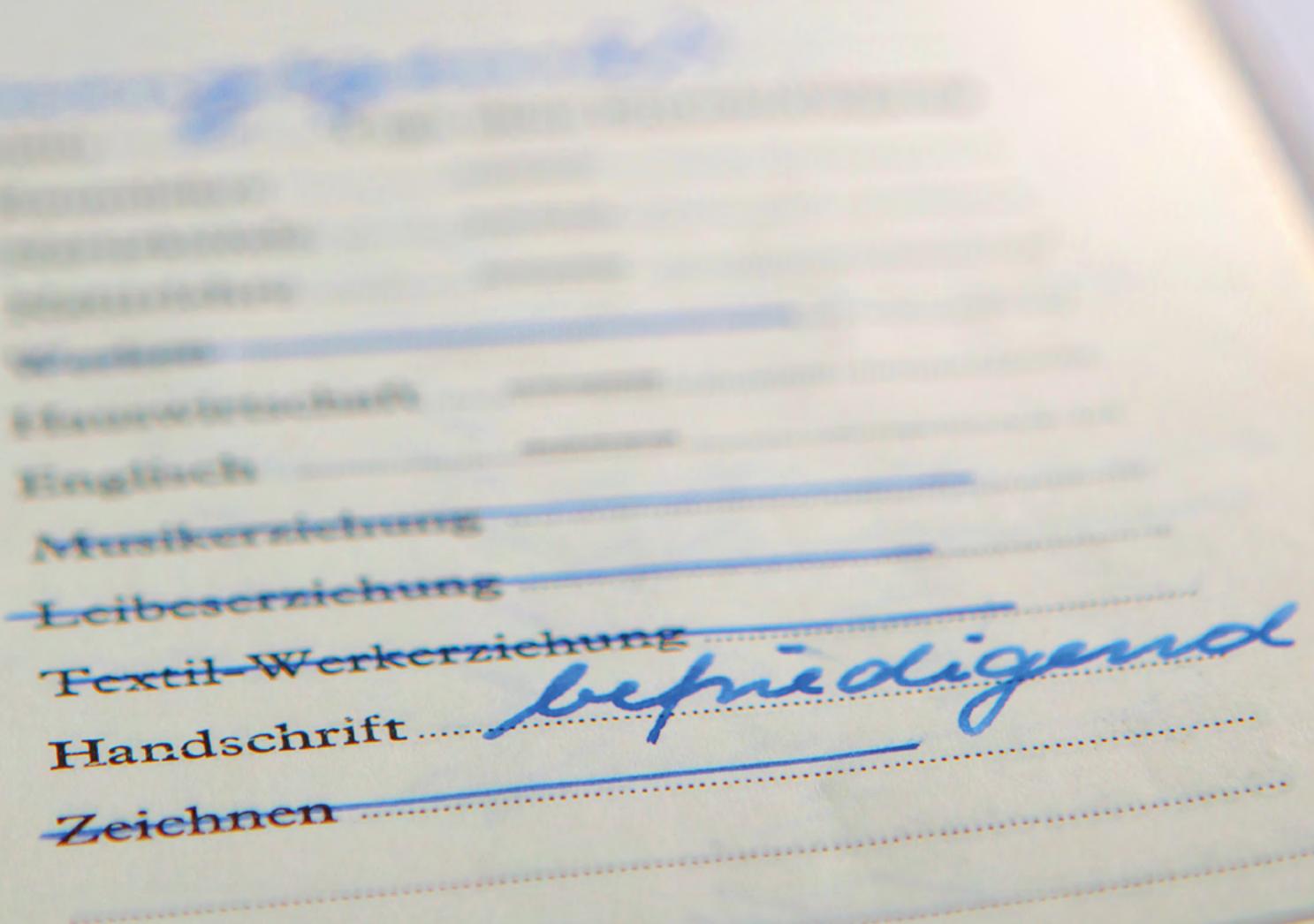
Die eigene Handschrift: Wie sieht sie aus? Wie soll sie aussehen? Und welchen Typ sollen die „i-Dötzchen“ erlernen: Druckbuchstaben oder verbundene Schreibschrift? Fragen an die Abgeordneten. S. 9-11

Erfahrbar

Erinnerung ist wichtig, auch und gerade wenn es um Verfolgung, Folter, Mord und Krieg geht. Ein Gespräch mit der Landtagspräsidentin über Gedenkorte in NRW, die an die Nazi-Diktatur erinnern. S. 14-15

Verbindlich verbunden?

Diskussion um die Schreibschrift

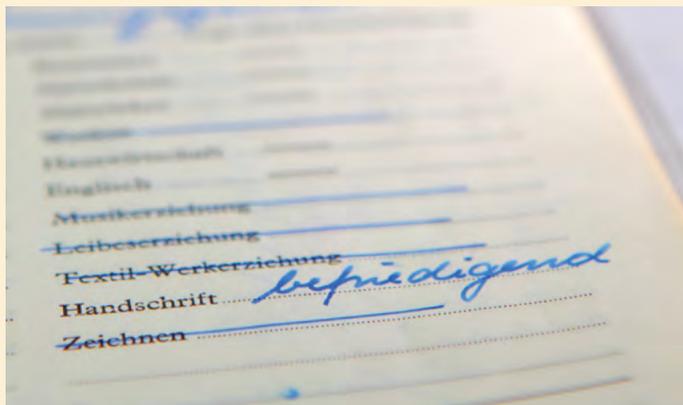


Schreiben und erinnern

Bevor Sie weiterlesen: Nehmen Sie doch mal einen Stift und ein Stück Papier und schreiben das Wort „Handschrift“ in verbundener Handschrift auf. Verbunden heißt: in einem Zug, ohne den Stift abzusetzen. Also so, wie Sie es vermutlich vor vielen, vielen Jahren einmal in der Grundschule gelernt haben. Vielleicht geht es Ihnen ja wie mir: Ich musste erst einmal überlegen, wie das „H“ in Schreibschrift aussieht und dann, wie man ohne abzusetzen ein „a“ anfügt. Das Ergebnis war, sagen wir, ausbaufähig. Wie damals, im Schuljahr 1970/71, als es für die Handschrift noch Zeugnisnoten gab. Ich kam über ein „befriedigend“ nie hinaus.

Eigene Handschrift

Früher lernten Kinder in der Grundschule zunächst in Druckbuchstaben zu schreiben, danach in verbundener Handschrift. Fachleute sprechen von der ersten und zweiten Ausgangsschrift. Mittlerweile haben sich etliche Schulen von dieser Methode verabschiedet. Ihr Standpunkt: Eine individuelle, gut lesbare Handschrift könne sich auch aus der ersten Ausgangsschrift entwickeln. Das sehen nicht alle so, wie bei einer Anhörung im Schulausschuss deutlich wurde. Mehr zu den Argumenten



Titelthema: Anhörung zur Schreibschrift

Flüssig oder überflüssig?	9
Schlag auf Schlag	10-11

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen Carina Gödecke
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (Red): Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur), Michael Zabka (zab, Redakteur), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2107 (zab), 884-2309 (bs), Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Marc Herter (SPD), Lutz Lienenkämper (CDU), Sigrid Beer (GRÜNE), Christof Rasche (FDP), Marc Olejak (PIRATEN), Pressesprecher/-innen: Frank Uferkamp (SPD), Axel Bäumer (CDU), Jan Miebach (GRÜNE), Wibke Op den Akker (FDP), Ingo Schneider (PIRATEN).

Redaktionsschluss: 30.4.2015, 12.00 Uhr

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:

Gribsch & Rochol Druck GmbH & Co. KG

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

[Weitere Hinweise](#)



www.landtagintern.de

auf Seite 9. Und was die Fraktionen zum Thema sagen, lesen Sie auf den Seiten 10 und 11.

Ein weiteres Thema: Erinnerungskultur. Landtagspräsidentin Carina Gödecke will alle nordrhein-westfälischen Gedenkstätten besuchen, die an das Grauen der Nazi-Zeit erinnern. Es sind mehr als 20. Was die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer dort leisteten, sei enorm, sagt Gödecke. Leider seien die Gedenkstätten nicht bekannt genug. Dabei sei die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit für Gegenwart und Zukunft ungemein wichtig: Wer nicht wisse, was alles passieren kann, wisse auch nicht, wann er anfangen müsse, aufzupassen. Das Interview mit der Präsidentin lesen Sie auf den Seiten 14 und 15.

Seit 1988 hat der Landtag seinen Sitz an der Düsseldorfer Rheinkniebrücke. Wo aber tagten die Abgeordneten früher? Antworten gibt ein neues Angebot des Landtags. Von Herbst 2015 an sollen interessierte Besucherinnen und Besucher den „Wegen der parlamentarischen Demokratie“ folgen können. Stationen sind u.a. die Deutsche Oper am Rhein, der Henkel-Saal an der Ratinger Straße und das Ständehaus am Schwanenspiegel. Landtag Intern stellt den informativen und reizvollen Rundgang auf den Seiten 6 und 7 vor. zab

Inhalt

Aus dem Plenum

Klimatische Verstimmungen	3
Meldungen	4
Neues Jagdrecht für NRW	5

Forum

Die Spuren des Landtags in Düsseldorf	6-7
---	-----

Gesetzgebung

.....	8
-------	---

Aus den Ausschüssen

Meldungen	12-13
---------------------------------	-------

Forum

Präsidentin besucht NS-Gedenkstätten	14-15
--	-------

Aus den Fraktionen

.....	16-17
-------	-------

Enquetekommission

Familienpolitik im Fokus	18
--	----

Forum

Persönlich: Andrea Asch (GRÜNE)	19
Die Vollzugskommission	19
Kurz notiert	20
Eine Nacht für die Kunst	20

Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion



Foto: RWE

PLENUM

Klimatische Verstimmungen

Heftige Debatte um geplante Abgabe für alte Kohlekraftwerke

29. April 2015 – Für schlechtes Klima an Rhein und Ruhr sorgt die von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) geplante Abgabe für ältere Kohlekraftwerke. Mit ihrer Hilfe soll der Kohlendioxid-Ausstoß (CO₂) vermindert werden, um letztlich die langfristigen Klimaschutzziele der Bundesregierung zu erreichen. Im Energieland NRW ist das Vorhaben allerdings umstritten – wie nun im Landtag deutlich wurde.

NRW ist ein wichtiger Standort der Braun- und Steinkohlewirtschaft. Kritiker der Pläne von Gabriel fürchten das Aus älterer Kraftwerke und in der Folge Arbeitsplatzverluste, steigende Strompreise und Nachteile für den Industriestandort NRW. Andere sehen in der Energiegewinnung aus Kohle eine überkommene Technologie.

In einer teils heftigen Debatte warnten CDU und FDP vor Nachteilen insbesondere für das rheinische Braunkohlerevier. SPD und GRÜNE nannten dies „Populismus“. Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) betonte zugleich, dass Klimaschutzmaßnahmen nicht einseitig zulasten der Braunkohle gehen dürften. Die PIRATEN kritisierten grundsätzlich ein Festhalten an der Kohle.

CDU-Fraktionschef [Armin Laschet](#) erinnerte daran, dass der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung bis 2025 bei 40 bis 45 Prozent liegen solle. Dies bedeute, dass man weiter auf konventionelle Energieträger angewiesen sei. Die Braunkohle sei eine „wichtige Säule im Blick auf die Versorgungssicherheit“ und gehöre zu den Stützen des Wirtschaftsstandortes NRW. Die von Gabriel geplante „Strafsteuer“ sei daher unverantwortlich. Sie würde die Braunkohle künstlich vom Markt drängen und zahlreiche Arbeitsplätze gefährden.

Dass Gewerkschaften gegen eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung de-

monstrieren, sei schon bemerkenswert, meinte FDP-Fraktionschef [Christian Lindner](#). Ministerpräsidentin Kraft warnte in Interviews zwar vor einem „Strukturbruch“, gleichzeitig aber unterstützte das Kabinett im Entwurf zum Klimaschutzplan die Strategie der Bundesregierung und fordere von der Energiewirtschaft einen zusätzlichen Beitrag zur Emissionsminderung inklusive eines entsprechenden Instruments. Beide Ziele seien jedoch nicht miteinander vereinbar.

„Billige Effekthascherei“

SPD-Fraktionschef [Norbert Römer](#) verteidigte den Bundeswirtschaftsminister. Dieser habe von der schwarz-gelben Vorgängerregierung in Sachen Klimaschutz nur „Chaos“ übernommen. Gabriel habe einen strukturierten Prozess eingeleitet. Über seine Vorschläge sei die Landesregierung im Gespräch mit ihm. Ziel sei, die Klimaschutzziele zu erreichen und zugleich einen Strukturbruch bei der Braunkohle zu vermeiden. Dies sei „verantwortungsvolle Politik“, im Gegensatz zum Agieren der Opposition, die auf „billige Effekthascherei“ setze.

Der Vorsitzende der GRÜNEN-Fraktion, [Mehrdad Mostofizadeh](#), warf Laschet „billigen Populismus“ vor. Er spiele mit den Gefühlen der Menschen im Braunkohlerevier. Mostofizadeh erinnerte daran, dass die Bundes-

regierung bis 2020 den Ausstoß von klimaschädlichen Treibhausgasen um 40 Prozent verringern wolle. Fakt sei aber, dass bis 2014 erst 24 Prozent erreicht worden seien. Die CO₂-Emissionen der Braunkohlewirtschaft im Rheinland seien seit mehr als zwei Jahrzehnten gar nicht gesunken. Gabriels Pläne gingen daher in die richtige Richtung.

Für eine Forcierung der Energiewende sprach sich [Hanns-Jörg Rohwedder](#) (PIRATEN) aus. Der Strukturwandel in diesem Bereich laufe erfolgreich, er dürfe nicht gefährdet werden. Gefährdet würden die Umsetzung der Klimaziele und der Wirtschaftsstandort NRW insbesondere durch das Festhalten an der in jedem Fall „todgeweihten“ Kohlekraft. Wolle man Arbeitsplätze, Versorgungssicherheit und Klimaschutz sichern, müsse man auf den innovativen Sektor der erneuerbaren Energieträger setzen. Hier seien schon 54.000 Arbeitsplätze entstanden.

Die Landesregierung trete für eine erfolgreiche Energiewende, eine Erreichung der Klimaziele sowie die Sicherung der Arbeitsplätze ein, erklärte [Ministerpräsidentin Hannelore Kraft](#) (SPD). Dies bedinge, dass man auch die heimische Braunkohle unterstütze. Denn erneuerbare Energieträger hätten 2014 zwar 28 Prozent des Energiebedarfs gedeckt, an einzelnen Tagen aber weniger als 1 Prozent. Die Stabilität des Stromnetzes sei gerade bei immer komplexeren Produktionsprozessen ein wichtiger Standortvorteil. Vor diesem Hintergrund sei man mit dem Bundeswirtschaftsminister im Gespräch.

zab, cw, wib

Die Anträge von [CDU](#) und [FDP](#) wurden mit Mehrheit abgelehnt, der Entschließungsantrag von [SPD](#) und [GRÜNEN](#) angenommen.

Ein Video der Plenarsitzung finden Sie auf der Internetseite des Landtags unter: www.landtag.nrw.de



RVR-Gesetz beschlossen

29.4.2015 – Der Landtag hat das Gesetz zur Stärkung des Regionalverbands Ruhr (RVR) mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und einem Großteil der CDU-Fraktion beschlossen. FDP und PIRATEN stimmten dagegen, ebenso sieben Mitglieder der CDU-Fraktion. Zwei weitere CDU-Mitglieder enthielten sich. Vorgelegt wurde das Gesetz von der Landesregierung ([Drs. 16/6866](#)). Ziel ist es, die Zusammenarbeit der Städte und Kreise im Ruhrgebiet weiter zu verbessern und den Strukturwandel der Metropolregion zu fördern. Dabei soll die Funktion des Regionalverbands als „administrative und politische Klammer“ ausgebaut und gestärkt werden. Vorgesehen ist u.a. eine Direktwahl der Verbandsversammlung durch die Bürgerinnen und Bürger ab 2020. Ein gemeinsamer Entschließungsantrag ([Drs. 16/8543](#)) von SPD, CDU und GRÜNEN wurde ebenfalls mehrheitlich angenommen. „Die Ermöglichung einer umfassenden interkommunalen wie auch regionalen Zusammenarbeit ist für die Zukunft der nordrhein-westfälischen Kommunen richtungweisend“, heißt es in dem Antrag. Der Landtag begrüße es, „dass auch in anderen Regionen außerhalb des RVR Überlegungen vorangetrieben werden und weitere Schritte unternommen werden sollen, um die regionale Kooperation zu intensivieren“. Und: „Die Chancengleichheit aller Regionen soll gewahrt bleiben.“

Änderungen im Schulrecht

29.4.2015 – Realschulen sollen ab Klasse 7 den Bildungsgang der Hauptschulen einrichten können, so ein Punkt im 12. Schulrechtsänderungsgesetz ([Drs. 16/8441](#)). Vorgelegt haben es die Regierungsfractionen von SPD und GRÜNEN gemeinsam mit der CDU. Notwendig sei diese Reform, da die Nachfrage nach Hauptschulplätzen sinke. Schulen, die die Mindest-

größe nicht mehr erreichen, würden aufgelöst; daher sei eine flächendeckende Versorgung nicht mehr gewährleistet. Die Reform solle ein Angebot in diesem Bereich sicherstellen. Ein weiterer Punkt des Gesetzentwurfs betrifft die Umsetzung einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Danach darf einer Lehrkraft das Tragen eines Kopftuchs oder eines sonstigen als religiös angesehenen Kleidungsstücks oder Symbols nur dann verboten werden, wenn von dem Kleidungsstück oder Symbol im Einzelfall eine hinreichend konkrete Gefährdung für den Schulfrieden oder die staatliche Neutralität ausgehe. Im Plenum forderte die FDP, eine entsprechende Regelung dürfe den Schulfrieden nicht stören, die PIRATEN betonten, heute lebe man in einer religiös heterogen aufgestellten Gesellschaft. Am 13.5. soll im Schulausschuss eine Anhörung stattfinden, die zweite Lesung ist für Juni geplant.

Abschiebehaft neu geregelt

29.4.2015 – Abschiebehaftlinge dürfen nicht mehr in der gleichen Haftanstalt untergebracht werden wie Strafhäftlinge, so die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs und des Bundesgerichtshofs. Das Gesetz zum Vollzug der Abschiebehaft ([Drs. 16/7545](#)) soll es nun ermöglichen, außerhalb des Justizvollzugs eine neue Abschiebungshafteinrichtung zu errichten. Hintergrund ist das Trennungsgebot der entsprechenden europäischen Richtlinie. Der Gesetzentwurf wurde mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von FDP und PIRATEN bei Enthaltung der CDU-Fraktion angenommen.

Strengere Regeln für Geheimdienste

29.4.2015 – Die Spionageaffäre um den Bundesnachrichtendienst (BND) hat auch den Landtag NRW beschäftigt. Die Abgeordneten diskutierten in einer Aktuellen Stunde auf Antrag der

PIRATEN-Fraktion ([Drs. 16/8531](#)) über die jüngsten Vorwürfe und den Schutz nordrhein-westfälischer Unternehmen vor Wirtschaftsspionage. Laut Medienberichten soll der BND indirekt am Ausspähen europäischer Unternehmen durch den US-Geheimdienst NSA beteiligt gewesen sein. Die PIRATEN sprachen von einem „Landesverrat auf Bundesebene“ und kündigten eine Strafanzeige gegen die BND-Führungsebene und aufsichtsführende Politiker an. SPD und GRÜNE forderten, Kanzlerin Angela Merkel (CDU) müsse die Öffentlichkeit darüber informieren, welche Kenntnisse sie wann gehabt habe. Genau wie sie trat die FDP für strengere Regeln für die Geheimdienste ein. Der Schutz von NRW-Unternehmen gegen Wirtschaftsspionage stand im Fokus von CDU und Innenminister Jäger (SPD).

Reformationstag 2017 als Feiertag

29.4.2015 – 2017 soll der Reformationstag – der 31. Oktober – einmalig auch in Nordrhein-Westfalen ein gesetzlicher Feiertag sein. Einen entsprechenden Gesetzentwurf brachte die Landesregierung im Landtag ein ([Drs. 16/8386](#)). Hintergrund: In zwei Jahren feiern die evangelischen Christen den 500. Jahrestag der Reformation. Der Überlieferung nach soll der Mönch und Theologieprofessor Martin Luther am Tag vor Allerheiligen 1517 seine 95 Thesen zu Ablass und Buße an die Tür der Wittenberger Schlosskirche angeschlagen und damit die Reformation der Kirche eingeläutet haben. Die Ministerpräsidenten aller Bundesländer hatten sich dafür ausgesprochen, das Jubiläum mit einem bundesweiten Feiertag zu begehen. Der Reformationstag ist normalerweise nur in fünf Bundesländern gesetzlicher Feiertag.

Ein Video der Plenarsitzungen finden Sie auf:
www.landtag.nrw.de

Neues Jagdrecht für NRW

Umstrittenes Gesetz nach langer Diskussion verabschiedet

29. April 2015 – Kaum ein anderes Gesetzesvorhaben ist in den vergangenen Monaten derart kontrovers diskutiert worden wie das neue Jagdgesetz. Höhepunkt: Rund 15.000 Jäger, Land- und Forstwirte demonstrierten im März vor dem Landtag gegen die Pläne der Landesregierung. Der Entwurf enthielt ihrer Ansicht nach zu viele Verbote, sie sorgten sich um die Zukunft der Jagd in NRW.

Umstritten war auch die vorgesehene Wiedereinführung der Jagdsteuer. Sie ist mittlerweile vom Tisch – und das Gesetz verabschiedet. Dessen Ziel: Jagd soll sich stärker als bisher an Tierschutz und ökologischen Prinzipien ausrichten. So werden Totschlagfallen und der Abschuss streunender Katzen verboten. Die Liste der jagdbaren Arten wird eingeschränkt.

mal. Dafür hätten Jäger und Landwirte nicht demonstriert. Das Gesetz sei von „Besserwisseri“ und „ideologischer Gängelei“ geprägt. „Die Jäger hätten unsere Unterstützung verdient“, erklärte Deppe.

„Wir verabschieden ein Jagdrecht, das unser Bundesland auf die Höhe der Zeit bringt“, sagte **Norwich Rüße** (GRÜNE). Es trage den geänderten

und den Jägerinnen und Jägern aufgekündigt. Ihr fehle „der Respekt vor deren Leistung und deren gesellschaftlichem Engagement“.

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN) nannte das neue Gesetz dagegen „überwiegend gelungen“. Die Regierungsfractionen von SPD und GRÜNEN seien Argumenten zugänglich gewesen. Am Ende habe es gute Kompromisse gegeben. Es sei nicht um ein Jagdverbot gegangen, sondern um die Reform eines „antiquierten“ Jagdrechts in Nordrhein-Westfalen. Rohwedder kritisierte allerdings das Vorgehen der Koalitionfraktionen im Landtag. So sei der Änderungsantrag „durchgedrückt“ worden, ohne dass er im zuständigen Fachausschuss vorgelegt worden sei. Im Sport gäbe es bei einem solchen Vorgehen „massive Abzüge in der B-Note“.

Umweltminister Johannes Rimmel (GRÜNE) verteidigte das neue Jagdgesetz. Es Sorge für



Fotos: Schälte

„Wir haben unser Versprechen gehalten“, sagte **Norbert Meesters** (SPD) und wies auf „durchaus wesentliche und wichtige Änderungen“ im neuen Jagdgesetz hin. Leider aber rede der Landesjagdverband diese Änderungen und damit den eigenen Erfolg klein. In einem Dialog müsse man auch Kompromisse eingehen. Es sei gelungen, ein „modernes, praktikables Jagdgesetz“ vorzulegen. Es trage dazu bei, die gesellschaftliche Akzeptanz der Jagd zu erhöhen. „Wir wollen das Gesetz beobachten und evaluieren“, kündigte Meesters an. Dabei setze man auch auf die Kompetenz der Jägerschaft.

Rainer Deppe (CDU) kritisierte das Verfahren; es sei nicht ordentlich gewesen. Das Gesetz sei „durchgepeitscht“ worden und ein Beispiel für die „alte Arroganz der Macht von Rot-Grün“. Deppe sprach von einem „vermurksten Gesetz“, in der Öffentlichkeit sei das „Zerrbild des schießwütigen Jägers“ gezeichnet worden. Die vorgenommenen Änderungen seien mini-

gesellschaftlichen Rahmenbedingungen Rechnung. Nordrhein-Westfalen schlage mit dem Gesetz im Übrigen keinen Sonderweg ein. Vielmehr befinde man sich in guter Gesellschaft mit anderen Bundesländern. In den vergangenen Wochen habe man intensiv über Änderungen beraten. Mit dem Verzicht auf eine Wiedereinführung der Jagdsteuer sei man den Jägern weit entgegengekommen. Gute Argumente seien gehört und ins Gesetz aufgenommen worden.

Für die FDP-Fraktion sagte **Karlheinz Busen**, dass Rot-Grün mit dem neuen Gesetz den gesamten ländlichen Raum düpiere. Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen von SPD und GRÜNEN hätten weder auf Bürger noch auf die Praktiker gehört und ein „schlechtes Gesetz“ im „Schweinsgalopp“ durch den Landtag gepeitscht. Dieses Gesetz widerspreche dem Natur- und dem Tierschutz. Die Landesregierung habe zugleich eine jahrelange vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Politik

mehr Tier-, Natur- und Waldschutz an Rhein und Ruhr und sende ein Signal über Nordrhein-Westfalen hinaus. Der Minister erinnerte einerseits an den Protest der Jägerinnen und Jäger gegen die Novellierung. Er betonte andererseits, dass es einen „enormen Zuspruch“ zu dem Gesetz aus allen Bevölkerungsgruppen gegeben habe. CDU und FDP warf er vor, ein Bild des ländlichen Raumes zu zeichnen, dass es so nicht mehr gebe. Er habe die Hoffnung, dass nach der Verabschiedung des Gesetzes durch den Landtag der „Pulverdampf“ verrauche.

Wibke Busch, zab

Das Gesetz ([Drs. 16/7383](#)) wurde in namentlicher Abstimmung verabschiedet; Dafür stimmten 137 Abgeordnete, 86 waren dagegen. Drei Abgeordnete enthielten sich.

Ein Video der Plenarsitzung finden Sie auf der Internetseite des Landtags unter: www.landtag.nrw.de

Der Weg des Landtags an den

Neues Angebot führt auf die Spuren des nordrhein-westfälischen Parlamentarismus

20. April 2015 – Das Landesparlament in Düsseldorf – gelegen direkt am Rhein: Auch fast 30 Jahre nach seiner Eröffnung gilt es als eines der beeindruckendsten Parlamentsneubauten der Nachkriegsgeschichte und ist fester Teil des Stadtbildes geworden. Die Spuren der parlamentarischen Demokratie reichen in der Landeshauptstadt aber noch viel weiter. Dies möchte der nordrhein-westfälische Landtag mit einem neuen Angebot an die Bürgerinnen und Bürger und alle interessierten Besucher Düsseldorfs deutlich machen – und schickt sie auf die „Wege der parlamentarischen Demokratie“.



Die Deutsche Oper am Rhein – erster Tagungsort des Landtags

Zugang zum Gesolei-Saal in den Henkelwerken

Denn das 1988 eröffnete Gebäude an der Düsseldorfer Rheinkniebrücke ist bereits der vierte Tagungsort des Landtags seit seiner konstituierenden Sitzung 1946. Die neuen „Wege der parlamentarischen Demokratie“ führen an alle diese Orte sowie zur Villa Horion, die eine Sonderrolle einnimmt.

Geplant ist ein Rundgang, den Interessierte ab Herbst 2015 an jeder der insgesamt fünf Stationen beginnen können. An allen Stationen erhalten Bürgerinnen und Bürger auf einer Stele wichtige Informationen zum Standort und dessen geschichtlicher Bedeutung. Weiterführende Informationen werden über QR-Codes auf jeder der Stelen abrufbar sein.

In der Oper fing alles an

Der Weg führt durch die Düsseldorfer Altstadt und am Rheinufer entlang – ein reizvoller Spaziergang, auf dem die Geschichte des nordrhein-westfälischen Parlamentarismus erlebbar wird. Er führt natürlich zur Deutschen Oper am Rhein an der Heinrich-Heine-Allee – ein ganz spezieller Ort für den Landtag. Denn dort fand am 2. Oktober 1946 die erste, konstituierende Sitzung statt.

Die Abgeordneten, unter ihnen der spätere erste Bundeskanzler Konrad Adenauer (1876-

1967) und der spätere Ministerpräsident Karl Arnold (1901-1958/beide CDU) sowie der erste Regierungschef Rudolf Amelunxen (1888-1969), waren noch von der britischen Militärregierung ernannt worden. Erster Präsident des Landtags war der SPD-Politiker Ernst Gnoß. Im April 1947 wählten Rheinländer und Westfalen – zog es anschließend in die Henkelwerke nach Düsseldorf-Holthausen. Zwischen dem 12. November 1946 und dem 11. Februar 1949 tagte der Landtag im dortigen „Gesolei-Saal“ (Abkürzung für Gesundheit, soziale Fürsorge und Leibesübungen).

Die konstituierende Sitzung blieb die einzige im Opernhaus. Die 200 Abgeordneten – jeweils 100 aus dem Rheinland und Westfalen – wurden am 2. Oktober 1946 in der Opernhaus-Saal in Düsseldorf-Holthausen. Zwischen dem 12. November 1946 und dem 11. Februar 1949 tagte der Landtag im dortigen „Gesolei-Saal“ (Abkürzung für Gesundheit, soziale Fürsorge und Leibesübungen).

Der Saal kann heute nicht mehr besichtigt werden. Daher wird eine weitere Stele am Henkel-Saal an der Ratinger-Straße – unweit des Opernhouses



Rhein

– an diese bewegende erste Zeit des Parlamentarismus in Nordrhein-Westfalen erinnern.

Denn die unmittelbare Nachkriegszeit und die großen Zerstörungen in der Stadt zwangen zum Provisorium. Und die neue Tagungsstätte stellte die Abgeordneten vor große Herausforderungen. Ein geregelter Betrieb war auf Dauer kaum zu organisieren – zumal der Gesolei-Saal auch für Filmvorführungen oder Mitarbeiterversammlungen genutzt wurde. Sitzungen des Landtags mussten zum Teil vorzeitig abgebrochen werden, nur die Abgeordneten in der ersten Reihe verfügten über Tische. Die übrigen legten ihre Unterlagen auf den Knien ab.

Umzug ins Ständehaus

90 Plenarsitzungen fanden im Gesolei-Saal statt. In dieser Zeit fielen viele wichtige Entscheidungen, denn der Regelungsbedarf in der Nachkriegszeit war immens. Dem Landesparlament kam zudem eine hervorgehobene Stellung zu, wurde die Bundesrepublik Deutschland doch erst 1949 gegründet.

Der Gesolei-Saal konnte aber nur eine Übergangslösung sein. Und schon der von den Briten ernannte Landtag hatte beschlossen, das Ständehaus am Düsseldorfer Schwanenspiegel wieder aufzubauen und zu nutzen. Bei Bombenangriffen war das zwischen 1876 und 1880 gebaute frühere Gebäude des Provinziallandtags der preußischen Rheinlande 1943 bis auf die Außenmauern ausgebrannt. 1947 bis 1949 wurde es neu aufgebaut – und am 15. März 1949 feierlich eröffnet.

Fast 40 Jahre lang tagte hier der Landtag. Bis das Gebäude, seit 2002 das Kunstmuseum K21, an seine Grenzen stieß, weil die Aufgaben der Landespolitik immer vielfältiger wurden.

1 Opernhaus
Heinrich-Heine-Allee 16A, 40213 Düsseldorf

2 Henkel-Saal
Ratinger Straße 25, 40213 Düsseldorf

3 Ständehaus
Ständehausstraße 1, 40217 Düsseldorf

4 Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

5 Villa Horion
Johannes-Rau-Platz, 40213 Düsseldorf

1981 beschloss der Landtag einen Parlamentsneubau auf dem Gelände des früheren Berger Hafens. Nach sechsjähriger Bauzeit wurde das neue, einzigartige Gebäude – erbaut nach den Entwürfen des Düsseldorfer Architektenbüros Eller, Walter, Moser & Partner – am 2. Oktober 1988 feierlich eröffnet, exakt 42 Jahre nach der konstituierenden Sitzung im Opernhaus.

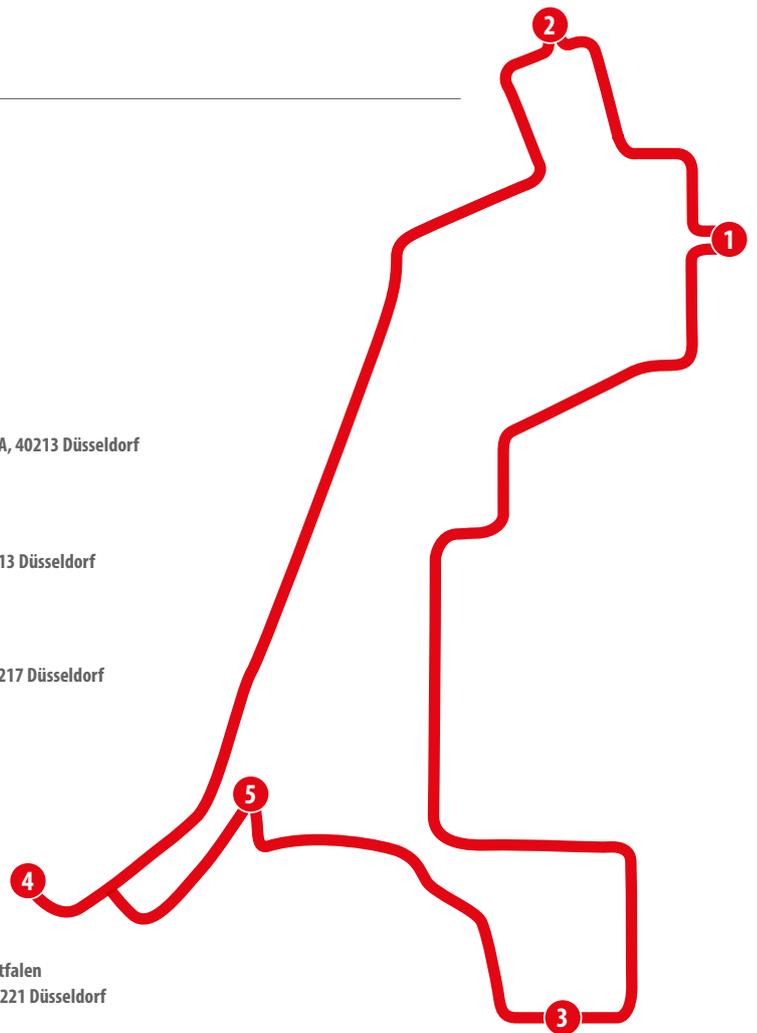
Somit schließt sich in diesem modernen Gebäude der parlamentarische Kreis in Düsseldorf und NRW. Einen Abstecher bieten die „Wege der parlamentarischen Demokratie“ zur Villa Horion, gelegen unweit des Landtags. Das

* Henkelwerke in Düsseldorf-Holthausen
(nicht in diesem Kartenausschnitt)

1910/1911 erbaute Gebäude, das 1959 bis 1999 als Sitz der Ministerpräsidenten diente, ist seit 2001 eine Liegenschaft des Landtags, in der das Petitionsreferat untergebracht ist und Veranstaltungen stattfinden.

Die neuen „Wege der Demokratie“ sind ein weiteres von vielen Angeboten des Landtags für die Bürgerinnen und Bürger. Denn als ihr Haus versteht sich das Landesparlament. Mehr Informationen zu anderen Angeboten wie Besuchen und Führungen im Landtag finden Sie unter: www.landtag.nrw.de

Text: Wibke Busch/
Fotos: Archiv des Landtags/Bernd Schälte



Im Ständehaus tagte der Landtag von 1949 bis 1988.



Am 2. Oktober 1988 eröffnet: der neue Landtag am Rhein.



Die Villa Horion, genutzt vom Landtag

Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachenummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | nächster geplanter Beratungsschritt bzw. Beschluss

Regionaler Flächennutzungsplan: Verlängerung der Befugnis der Planungsgemeinschaft Ruhr (Zweites Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes NRW) | [Drs. 16/8458](#) | FDP | Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk | 1. Lesung 29.4.2015

Beteiligung und Mitbestimmung aller Kinder in Kindertageseinrichtungen (Änderung des Kinderbildungsgesetzes) | [Drs. 16/8446](#) | PIRATEN | Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend | 1. Lesung 30.4.2015

Gesetz zur **Sicherung von Schullaufbahnen** und zur Weiterentwicklung des Schulrechts (12. Schulrechtsänderungsgesetz) | [Drs. 16/8441](#) | Fraktionen der SPD, der CDU und der GRÜNEN | Ausschuss für Schule und Weiterbildung | 1. Lesung 29.4.2015 | Anhörung 13.5.2015

Gesetz über die Bestimmung des 31. Oktober 2017 als **500. Jahrestag der Reformation** zum Feiertag in Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/8386](#) | Landesregierung | Hauptausschuss | 1. Lesung 29.4.2015

Dokumentierung der wirtschaftlichen Gesamtlage eines kommunalen Haushalts (Gesetz zur Beschleunigung der Aufstellung kommunaler Gesamtabschlüsse) | [Drs. 16/8385](#) | Landesregierung | Ausschuss für Kommunalpolitik | 1. Lesung 29.4.2015

Aktualisierung des Gesetzes über den Feuerschutz und die Hilfeleistung vom 10.2.1998 (Gesetz zur Neuregelung des Brandschutzes, der Hilfeleistung und des Katastrophenschutzes) | [Drs. 16/8293](#) | Landesregierung | Innenausschuss | 1. Lesung 29.4.2015

Schutz der nordrhein-westfälischen Kommunen vor **Risiken aus Fremdwährungskrediten und spekulativen Finanzgeschäften** | [Drs. 16/8131](#) | CDU | Ausschuss für Kommunalpolitik | Anhörung beantragt

Gesetz über den **Vollzug der Abschiebungshaft**: Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Errichtung einer neuen Abschiebungshafteinrichtung außerhalb des Justizvollzugs | [Drs. 16/7545](#) | SPD/GRÜNE | 2. Lesung 29.4.2015, angenommen

Änderung des Landesjagdgesetzes: Ausrichtung des Jagdrechts nach ökologischen und Tierschutzkriterien | [Drs. 16/7383](#) | Landesregierung | 2. Lesung 29.4.2015, angenommen

Gesetz zur **Stärkung des Regionalverbands Ruhr**: Verbesserung der Gemeinsamkeiten und der Zusammenarbeit zwischen den Städten und Kreisen im Ruhrgebiet, u.a. durch eine Direktwahl der Mitglieder der Verbandsversammlung durch die Bürgerinnen und Bürger

| [Drs. 16/6866](#) | Landesregierung | 2. Lesung 29.4.2015, angenommen

Änderung des Gesetzes zum **Schutz personenbezogener Daten**: Schaffung einer Ausnahme vom Erfordernis der persönlichen Einwilligung für Einsatzkräfte z.B. von Polizei oder Feuerwehr beim digitalen Sprechfunk im Hinblick auf die Ortung des jeweiligen Standorts | [Drs. 16/6634](#) | Landesregierung | Innenausschuss | Ausschuss 7.5.2015

Gesetz über die **staatliche Anerkennung von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern**, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen sowie Kindheitspädagoginnen und Kindheitspädagogen | [Drs. 16/6224](#) | Landesregierung | 2. Lesung 29.4.2015, angenommen

Gesetz zu **Bürgerentscheiden**: Abschaffung der Zustimmungsquoren beim Bürgerentscheid, nach denen die Mehrheit der gültigen Stimmen einem bestimmten Einwohneranteil der Kommune entsprechen muss | [Drs. 16/5743](#) | PIRATEN | Ausschuss für Kommunalpolitik | Ausschuss 8.5.2015, gemeinsam mit [Drs. 16/5474](#)

Gesetz zur **Stärkung der Partizipation auf Kommunalebene**: Erweiterung der Öffentlichkeit der Sitzungen kommunaler Vertretungen | [Drs. 16/5474](#) | PIRATEN | Ausschuss für Kommunalpolitik | Ausschuss 8.5.2015, gemeinsam mit [Drs. 16/5743](#)

Gesetz über das **nichtgewerbliche Halten gefährlicher Tiere wildlebender Arten** in NRW: Abwehr von Gefahren, die von dem Halten sogenannter Exoten für die öffentliche Sicherheit und Ordnung ausgehen | [Drs. 16/3948](#) | PIRATEN | Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz | in Beratung

Gesetz zur **Einführung wiederkehrender Straßenausbaubeiträge**: Ergänzung des Kommunalabgabengesetzes um die Möglichkeit der Erhebung wiederkehrender Straßenbeiträge. Der Einzelne soll nicht durch einen einmaligen Beitrag enorm belastet werden, sondern die Belastung verteilt sich | [Drs. 16/2124](#) | CDU, Ausschuss für Kommunalpolitik | in Beratung

Gesetz zur **Änderung der Verfassung**: Verpflichtung, bei einer Verfassungsänderung einen Volksentscheid durchzuführen | [Drs. 16/119](#) | PIRATEN | Hauptausschuss | in Beratung

Flüssig oder überflüssig?

Anhörung im Schulausschuss zum Thema „Handschrift“

22. April 2015 – Grundschul Kinder schreiben ihre ersten Texte in Druckbuchstaben. Danach lernen sie die Schreibschrift und verbinden einzelne Buchstaben zu einer Einheit, also zu ganzen Wörtern. Das Ziel: eine flüssige, gut lesbare Handschrift. Offenbar wird dies aber nicht immer erreicht.



Foto: Schälte

Kinder sollten am Ende der Grundschulzeit eine gut lesbare, verbundene Handschrift beherrschen – daran erinnern CDU und FDP in einem gemeinsamen [Antrag](#). Tatsächlich aber klagten Eltern und auch Lehrer weiterführender Schulen, dass dies nicht immer der Fall sei. Im Schulausschuss äußerten sich Expertinnen und Experten zum Thema.

„Der Lehrplan Deutsch für die Grundschule sieht vor, dass Kinder am Ende der Schulingangphase flüssig und formklar in Druckschrift, am Ende der 4. Klasse flüssig in einer gut lesbaren verbundenen Handschrift schreiben können sollen“, heißt es in dem Antrag. Der Landesregierung liege jedoch offenbar „kein belastbarer Kenntnisstand“ vor, ob diese Ziele tatsächlich erreicht werden. CDU und FDP fordern daher u.a. eine Datenerhebung an Grundschulen samt anschließendem Bericht an den Landtag.

Flüssiges Schreiben mit der Hand sei auch in Zeiten von Laptop und PC nicht überflüssig, so Benedicte Deerberg, Lehrerin an der Grundschule Dankersen-Leteln, in ihrer schriftlichen Stellungnahme. Die Zunahme motorischer und feinmotorischer Schwierigkeiten sollte nicht dazu führen, „diese Defizite mit falsch verstandener Schonung der Kinder noch weiter zu verstärken“. Im Gegensatz zur Druckschrift lasse sich die Schreibschrift mit ihren „weichen Schwungbewegungen“ fließender und somit für die Hand entspannter und schneller schreiben. Viele Kinder kämen mit der Schreibschrift besser zurecht, sie sei zur Ausbildung der Feinmotorik wichtig und sinnvoll. Zur Vermittlung der Rechtschreibung sei sie aufgrund unterschied-

licher Groß- und Kleinbuchstaben außerdem eindeutiger als die Druckschrift. Aus der verbundenen Schrift könnten Kinder später ihre individuelle Handschrift entwickeln.

Dass Kinder lernen, mit der Hand zu schreiben, sei nach wie vor wichtig, sagte Prof. Dr. Ingrid Barkow (Pädagogische Hochschule Ludwigsburg). Die erzwungene Umstellung auf die Schreibschrift werde jedoch zunehmend kritisch gesehen. „Kinder fallen in der Entwicklung des Textschreibens häufig zurück, da die korrekte Ausführung der Buchstabenformen und -verbindungen kognitive Aufmerksamkeit bindet, die zulasten der inhaltlichen Textgestaltung geht.“ Studien hätten gezeigt, dass sich Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe 1 weitgehend von der erlernten Ausgangsschrift trennen und zu einer „geläufigen Form der Druckschrift zurückkehren“. Die Abkehr von einer normierten Ausgangsschrift sei zu begrüßen, „da sie den Kindern die Chance auf eine eigenständige und bewusste Schriftentwicklung bietet“. Voraussetzung sei jedoch, „dass im Unterricht dem Schreiben die angemessene Zeit und Aufmerksamkeit gewidmet wird“.

Ähnlich argumentierten Linda Kindler und Maxi Brautmeier-Ulrich (beide Grundschulverband, Landesgruppe NRW). Kindlers Überzeugung zufolge benötigen Kinder lediglich die erste Ausgangsschrift, also Druckbuchstaben, um daraus eine eigene Handschrift zu entwickeln. Auch bei dieser Methode verliere die Handschrift nicht an Bedeutung. An ihrer Schule sei vereinbart worden, vom Schuljahr 2010/2011 an kein gesondertes Arbeitsmaterial

mehr zum Erlernen einer weiteren Ausgangsschrift anzuschaffen, so Brautmeier-Ulrich in ihrer Stellungnahme. Im Gegenzug sollte der Entwicklung einer persönlichen Handschrift mehr Raum gegeben werden. Alle Kinder ihrer Schule verfügten am Ende der Grundschulzeit über eine gut lesbare persönliche Handschrift.

Neue Methoden

Dr. Christian Marquardt, wissenschaftlicher Beirat im Schreibmotorik-Institut (Heroldsberg bei Nürnberg), empfahl, neue wissenschaftlich fundierte Methoden für den Schreibunterricht vor allem ab der 3. Klasse zu entwickeln. Eine Umfrage des Instituts und des Deutschen Lehrerverbandes unter Pädagogen habe ergeben, dass Schülerinnen und Schüler immer häufiger Probleme mit dem Handschreiben hätten. Hintergrund sei die veränderte Lebenswelt der Kinder, ihre motorische Leistungsfähigkeit nehme ab. In diesem Zusammenhang sei Prävention wichtig. Ein weiteres Ergebnis der Umfrage sei das „zu langsame und zu unleserliche Schreiben in den weiterführenden Schulen“. „Unsere wissenschaftlichen Untersuchungen weisen nun tatsächlich darauf hin, dass Kinder beim Beschleunigen der ursprünglich gelernten Ausgangsschriften große Probleme haben und darunter vor allem die Lesbarkeit leidet“, so Marquardt in seiner Stellungnahme. Eine unverbundene Handschrift sei flüssiger als eine verbundene: „Wer eine verbundene Ausgangsschrift lernt, schreibt nicht, sondern malt.“ *zab*

Schlag auf Schlag

Meinungen zum Titelthema

[Renate Maria Hendricks](#)
(SPD)



[Kirstin Korte](#)
(CDU)



Eine individuelle Handschrift ...

... ist auch in Zeiten digitaler Kommunikation sehr sinnvoll. Sie fördert vielfältige kognitive und motorische Kompetenzen und ist zudem bedeutsam für die Persönlichkeitsentwicklung.

... ist Ausdruck der Persönlichkeit und auch ein wichtiges Kommunikationsmittel. Sie ist – gerade im Zeitalter von Handy und PC – nach wie vor ein wichtiges Kulturgut. Sie ist äußeres Erscheinungsbild von Gedanken, Ideen und Vorstellungen. Die Graphologie will sogar den Charakter einer Person an der Handschrift ablesen können. Wie weit dies tatsächlich möglich ist, will ich nicht beurteilen. Aber die Handschrift ist eine Fähigkeit, die man pflegen sollte.

Ob Druckschrift oder verbundene Schreibschrift ...

... in jedem Fall sollte die Schreibkompetenz am Ende in eine flüssige und flotte Schrift münden. Dies ist auch aus der Druckschrift heraus möglich. Dazu sind aber Schreibenanlässe und Vorbilder, die Lust am Schreiben vermitteln, wichtig. Die Schule sollte entsprechende Zeitkontingente für die Kinder bereitstellen und die Freude an der Entwicklung der Schrift unterstützen.

... in allererster Linie müssen Lesbarkeit und Fehlerfreiheit das Ziel beim Ausführen einer Handschrift sein. Wichtig beim Erlernen der Schrift ist das Engagement der Lehrerinnen und Lehrer. Sie müssen hinter der für den Unterricht gewählten Schrift stehen.

Eine Datenerhebung mit Blick auf eine flüssige Handschrift in den Grundschulen ...

... scheint angesichts der vielfältigen Ansätze und Annahmen, wie Schreiben gelernt werden soll, erforderlich. Denn erstaunlicherweise gibt es keine gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnisse, die die angewandten Methoden und dahinterstehenden Annahmen untermauern.

... ist notwendig, um den Erfolg beim Erlernen einer flüssigen Schrift an unseren Grundschulen feststellen zu können. Sie wird auch die Datenbasis für die wissenschaftliche Erforschung von Handschrift, Schreibmotorik und Lernmethoden verbessern. Hier hat die Landesregierung Nachholbedarf. Denn eine belastbare Datenbasis liegt ihr offenkundig nicht vor.

Meine eigene Handschrift ist ...

... vielseitig. Sie ist oft nur für mich selber lesbar. Es gibt daneben eine Schönschreibform, die ich bewusst langsamer und lesbarer verfasse. Die Handschrift ist für mich unverzichtbar, um Stichpunkte und Gesprächsnotizen festzuhalten. Ich möchte nicht immer von anspruchsvoller Technik abhängig sein.

... lesbar, könnte aber deutlich schöner sein. ;-)

Diesmal: Schreibrift

Sigrid Beer
(GRÜNE)



... sollte klar und leserlich sein und dabei den Schreibenden leicht von der Hand gehen. Dabei geht es darum, dass der Bewegungsablauf flüssig ist, die Bewegung „in der Luft“ gehört dazu. Es geht eben nicht darum, dass die Buchstaben auf dem Papier verbunden sind. Eine krampfhaft geführte Hand schreibt weder schön noch gerne.

... ist eben genau die falsche Frage. Es geht darum, ein flüssiges Schreiben zu entwickeln. Und das gelingt sehr gut mit der Grundschrift, wie die Erfahrung der Grundschulen zeigen. Die Kinder entwickeln daraus ihre persönliche Handschrift und nutzen die Buchstabenverbindungen, die zu ihrer Handschrift passen und die geeignet sind, flüssig und gut lesbar zu schreiben.

... zu fordern, ist vom Ansatz her zu pauschal und undifferenziert. Unterrichtsforschung muss die Vergleichbarkeit von Lehrkräften, Schülergruppen und didaktischen Konzepten berücksichtigen. Das bedeutet eine umfangreiche Langzeitstudie mit großer Stichprobe, damit die Wirksamkeit einzelner Faktoren überhaupt betrachtet werden kann.

... manchmal eine Herausforderung für mein Team. Ich schreibe gerne und flott mit der Hand, mit der rechten, allerdings, z.B. bei langen Texten, auch einmal mit der linken Hand. Als ich zur Grundschule ging, wurde noch versucht, Linkshänderinnen konsequent auf „rechts“ zu trimmen. Umprogrammieren auf „rechts“, das hat jedoch bei mir schon früher nicht funktioniert.

Ingola Schmitz
(FDP)



... ist ein bedeutender Ausdruck der individuellen Persönlichkeitsentwicklung und der neuronalen Verarbeitung von Sprache, Schrift und Schriftlichkeit. Sie ist zudem die Folge wichtiger motorischer Entwicklungsprozesse. Kindern müssen Schreibfertigkeiten so vermittelt werden, dass sie ohne Verkrampfungen fließend schreiben können.

... Kinder sollen eine fließende und lesbare individuelle Handschrift entwickeln. Wenn laut einer Umfrage 79 Prozent der Lehrkräfte an weiterführenden Schulen sich verschlechternde Handschriften beklagen und die Wissenschaft auf den wichtigen Einfluss der Schreibfertigkeit auf den Schulerfolg verweist, müssen wir dies sehr ernst nehmen.

... ist dringend geboten. Wissenschaftler haben in einer Expertenanhörung auf die herausragende Rolle der Handschrift für die kognitive und motorische Entwicklung hingewiesen und unzureichende Grundlagenkenntnisse beklagt. Rot-Grün muss im Interesse der Kinder handeln, Daten erheben und auswerten, um für beste Förderbedingungen zu sorgen.

... individuell.

Monika Pieper
(PIRATEN)



... sollten alle Schülerinnen und Schüler entwickeln. Auch wenn die Bedeutung der Handschrift im Alltag zugunsten digitaler Schriftenwendungen zurückgeht, bleibt die persönliche Handschrift Merkmal der individuellen Persönlichkeit. Es müssen Schreiblässe angeboten werden, welche die Bedeutung von Flüssigkeit, Lesbarkeit und Geschwindigkeit nachvollziehbar machen.

... in den Schulen bevorzugt wird, unterliegt den schuleigenen Konzepten. Eine verbundene Schrift ist nicht zwingend notwendig. Wichtiger als das bloße Einüben der Buchstabenformen, das wir als „Schönschreibstunde“ kennen, ist die aktive Auseinandersetzung mit der eigenen Schrift. Ausprobieren, Experimentieren und Reflektieren sollten im Vordergrund stehen.

... wäre hilfreich. Es würde die Diskussion um die Handschrift, nämlich Druckschrift oder verbundene Schrift, versachlichen. Aktuell stützt man sich nur auf allgemeine Beobachtungen, die darauf hindeuten, dass die individuellen Handschriften von den gelernt verbundenen eher zurück zu druckschriftähnlichen Schriften führen.

... der Situation angepasst. Als Lehrerin muss ein Tafelbild für alle Schülerinnen und Schüler gut lesbar sein. Wenn ich mir selber Notizen mache, steht die Geschwindigkeit im Vordergrund. Die Schrift ist dann sehr verwaschen. Schülerinnen und Schüler müssen lernen, Schrift situations- und adressatenbezogen einzusetzen. Was und wen will ich mit dem Geschriebenen erreichen.



AUS DEN AUSSCHÜSSEN

Bürgersprechstunde

Die nächste auswärtige Bürgersprechstunde des Petitionsausschusses findet am 18.5.2015 von 14.30 bis 18.00 Uhr im Kreishaus Kleve, Nassauerallee 15-23, 47533 Kleve statt. Dazu ist eine telefonische Anmeldung erforderlich: in der Zeit von 10 bis 17 Uhr unter der Rufnummer (0211) 884-2506 oder -2938.

U3-Betreuung

23.4.2015 – Wie viele Kinder werden in Nordrhein-Westfalen in Kitas betreut? Diese Frage wurde im Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend heftig diskutiert. In NRW seien zum 1.3.2014 rund 104.800 Kinder im Alter unter drei Jahren (U3) tatsächlich betreut worden, informierte das Statistische Bundesamt die Abgeordneten. Dies entspreche einer Betreuungsquote von 23,8 Prozent. Ministerin Ute Schäfer erklärte, zum 1.11.2014 habe man 144.000 U3-Plätze angeboten, dies seien 36,9 Prozent. In die Statistik des Landes fließen eben auch die Zahlen der aktuellen Anmeldungen mit ein; dies sei notwendig, da man jeweils für das kommende Jahr die erforderlichen Stellen und Finanzmittel bereitstellen könne.

Vor diesem Hintergrund erläuterte das Statistische Bundesamt, die Zahlen der bundesweit einheitlichen statistischen Erhebung und die Zahlen des Landesministeriums könnten grundsätzlich nicht miteinander verglichen werden. Ministerin Schäfer habe im Jahr 2011 selbst erklärt, diese Unterschiedlichkeit der Datenerfassung beseitigen zu wollen, kritisierten CDU und FDP. Außerdem erwecke sie in Pressemitteilungen eben doch den Eindruck der Vergleichbarkeit. Angesichts der Differenz um eine fünfstellige Zahl stelle sich auch die Frage, für wie viele Plätze das Land eigentlich bezahlen müsse und für wie viele Plätze es tatsächlich bezahle. Wie viele der angebotenen Plätze denn zum Stichtag 1.11.2014 tatsächlich belegt gewesen seien, wollten die PIRATEN wissen. Die Ministerin verwies darauf, dass es im Betreuungsbereich aufgrund der Freiwilligkeit eine ständige Fluktuation gebe; Eltern würden

Betreuungszeiträume und den Betreuungsumfang ständig verändern. Daher sei der Aufwand für eine solche Erhebung zu einem bestimmten Tag nicht zu rechtfertigen. Entscheidend sei, dass die Landesregierung im Sinne des Rechtsanspruchs auf U3-Betreuung die Finanzierung jedes beantragten Platzes sicherstelle.

Rundfunkgebühren

23.4.2015 – Fast 700 Beschwerden über den 15. Rundfunkstaatsvertrag haben seit dem 1. Januar 2013 den Petitionsausschuss des Landtags Nordrhein-Westfalen erreicht. Der Staatsvertrag regelt die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks neu: Statt Gebühren für Geräte müssen nun Beiträge geräteunabhängig für Wohnungen und Betriebsstätten gezahlt werden. Inge Howe, stellvertretende Vorsitzende des Petitionsausschusses, berichtete den Mitgliedern des Ausschusses für Kultur und Medien über die unterschiedlichen Aspekte der eingegangenen Beschwerden, um diesen und das gesamte Landesparlament im Rahmen der geplanten Überprüfung des Staatsvertrages auf mögliche Verbesserungen hinzuweisen.

So sei die Einführung einer personen- bzw. geräte- unabhängigen Haushaltsabgabe als Bevormundung und Entmündigung kritisiert worden. In diesem Zusammenhang sei auch vorgeschlagen worden, das Beitragsmodell komplett abzuschaffen und durch ein steuerfinanziertes Modell zu ersetzen. Menschen mit Behinderung hätten sich dagegen gewandt, dass die bisherige Befreiung von den Rundfunkgebühren wegfallen bzw. auf ein Drittel reduziert werde. Ebenso wurde für Menschen, denen aus finanziellen Gründen die Beitragszahlung schwer falle, eine besondere Regelung eingefordert. Gleiches sei auch für Studierende aus Staaten, die nicht zur EU gehörten, vorgebracht worden. Auch solle man darüber nachdenken, Demenzzranke von den Rundfunkbeiträgen zu befreien, da diese nur noch sehr eingeschränkt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen könnten.

Der Petitionsausschuss als Seismograph für gesellschaftliche Bedürfnisse und Notlagen, so Howe, habe sich mit diesen Themen auseinan-

dergesetzt, um dem Landtag Impulse für eine Fortentwicklung des Beitragsrechts zu geben.

Strommarktreform

23.4.2015 – Verlässlichkeit forderte Staatssekretär Dr. Günther Horzetzky im Wirtschaftsausschuss. Es ging auf Antrag der FDP um die Strategie der Landesregierung zu den Plänen des Bundeswirtschaftsministers zur Reform des Strommarkts und deren Auswirkungen auf den nordrhein-westfälischen Energie- und Industriestandort ([Vorlage 16/2857](#)). Die geforderte Verlässlichkeit betreffe die Stromversorgung ebenso wie die Sicherung von Arbeitsplätzen oder die Planung von Industriestandorten, so Horzetzky. Grundsätzlich unterstütze NRW die Pläne zur Reduzierung der CO₂-Emissionen. Klärungsbedarf sah der Staatssekretär bei den Bundesplänen aber im Hinblick auf das rheinische Braunkohlerevier; hier sei man im intensiven Meinungsaustausch mit dem Bundeswirtschaftsminister. Die Gefahr der Stilllegung von Tagebauen befürchtete dagegen die FDP; aus ihrer Sicht fehle eine klare Positionierung der Landesregierung. Dies sei unverantwortlich für den heimischen Braunkohlebergbau, betonte auch die CDU. Die GRÜNEN verwiesen auf die vereinbarten Klimaschutzziele und traten im Rahmen der Energiewende für einen geordneten Übergang bei der Stromerzeugung ein.

Neue Landesschlichterin

23.4.2015 – Sie schlichtet – wenn gewünscht – Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften, führt das Register aller Tarifverträge in Nordrhein-Westfalen, moderiert Konflikte in Betrieben, leitet den Tarifausschuss NRW, in dem es um die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen geht, und sitzt den beratenden Ausschüssen nach dem Tariftreugesetz vor: Diese und andere Aufgaben gehören zum Amt der Landesschlichterin. Im Sozialausschuss stellte sich Anja Weber vor, die dieses Amt seit Oktober 2014 innehat. Das Amt der Landesschlichterin wurde 1946 von der damaligen alliierten Besatzungsmacht eingeführt. Und



da gemäß Grundgesetz Tarifautonomie herrscht, ist auch die Landesschlichterin unabhängig. Nordrhein-Westfalen sei das Land der Tarifverträge, erläuterte Weber vor den Abgeordneten. Der Grad der Tarifbindung liege mit 63 Prozent über 10 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt. Dennoch gebe es auch die Probleme, dass nicht alle Unternehmen tarifgebunden seien, dass man prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Leiharbeit verzeichne. „Das Tarifvertragssystem ist ein Herzstück unserer Demokratie“, betonte Weber. Dieser Aussage schlossen sich die Abgeordneten parteiübergreifend an.

Tariftreuegesetz vor Änderung?

22.4.2015 – Man habe der Clearingstelle Eckpunkte zur Beratung über eine Veränderung des Tariftreue- und Vergabegesetzes zugeleitet, erklärte Staatssekretär Dr. Günther Horzetzky im Wirtschaftsausschuss. So wolle man die Landesregelungen an das Mindestlohngesetz des Bundes anpassen; das könne auch eine Absenkung des heutigen Satzes von 8,85 auf 8,50 Euro bedeuten. Aber hierzu sei noch ein breiter Diskussionsprozess notwendig. Des Weiteren solle zukünftig bei einer Ausschreibung die Einhaltung aller Kriterien nur bei dem Bietenden überprüft werden, der am Ende den Zuschlag erhalte. Dies entlaste die Unternehmen wie die Vergabestelle gleichermaßen. Hintergrund der Debatte im Ausschuss war ein Bericht der Unternehmensberatung Kienbaum über die Evaluierung des Gesetzes ([Vorlage 16/2771](#)). Laut diesem Bericht habe das Tariftreue- und Vergabegesetz angesichts der kurzen Zeit seiner Geltung noch keine große Wirkung entfaltet. Allerdings sei man optimistisch mit Blick auf die weitere Wirkung, gebe es bei allen Beteiligten doch eine große Zustimmung zu den Zielen des Gesetzes.

Das Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen trat am 1. Mai 2012 in Kraft. Es sieht unter anderem einen vergabespezifischen Mindestlohn sowie die Beachtung von Umweltschutz, Energieeffizienz und sozialen Standards vor.

Als „suboptimal“ und „desaströs“ wertete die CDU den Grad der Zielerreichung, das

Gesetz laufe ins Leere, meinte die FDP. Beide Fraktionen kritisierten, dass weder die Studie noch die jetzt diskutierten Maßnahmen die Belastung kleiner Betriebe insbesondere im Handwerk berücksichtigten. Über 90 Prozent der Unternehmen hätten keine Probleme bei der Umsetzung, hielt die SPD dagegen. Es sei bemerkenswert, dass viele Unternehmen verstärkte Kontrollen einforderten. Immer mehr Länder übernahmen das Konzept, Lohnstandards festzuschreiben, sahen sich die GRÜNEN bestätigt. Bei einer differenzierten Kritik könne man aber über Einzelheiten reden.

Middelhoff: Kritik zurückgewiesen

22.4.2015 – Justizminister Thomas Kutschatzy (SPD) hat im Rechtsausschuss Kritik an den Haftbedingungen des früheren Spitzenmanagers Dr. Thomas Middelhoff zurückgewiesen. Middelhoffs Anwälte hatten Medienberichten zufolge einen angeblichen Schlafentzug in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Essen für eine Erkrankung ihres Mandanten verantwortlich gemacht. Der ehemalige Chef des Handelskonzerns Arcandor war im November vergangenen Jahres wegen Untreue und Steuerhinterziehung zu drei Jahren Haft verurteilt worden.

Man sei bei Middelhoff von einer möglichen Suizidgefährdung ausgegangen, heißt es im [Bericht des Ministers](#). Eine Möglichkeit, suizidgefährdete Gefangene zu schützen, sei die gemeinsame Unterbringung mit hafterfahrenen Insassen. Middelhoff habe dies jedoch abgelehnt. Der Gefangene sei daher in unregelmäßigen Abständen besonders beobachtet worden. Die JVA-Bediensteten hätten bei Dämmerlicht alle 15 Minuten durch einen „Sichtspion“ in die Zelle geschaut.

In der gesamten Zeit der Beobachtung hätten sich weder Middelhoff noch seine Verteidiger oder Angehörigen gegenüber JVA-Bediensteten über die Beobachtung beschwert. Von Klagen, dass seine Gesundheit durch „Schlafentzug“ beeinträchtigt worden sei, habe die Anstaltsleitung erst mit Beginn der Presseberichterstattung erfahren – also drei Monate nach Ende der Maßnahme.

Abitur nach 13 Jahren

20.4.2015 – Die Volksinitiative „Abitur nach 13 Jahren an Gymnasien: Mehr Zeit für gute Bildung“ hat dem Landtag ihre Unterschriften übergeben. Der Vorsitzende des Hauptausschusses, Prof. Dr. Rainer Bovermann, nahm die mehr als 60 Ordner in Empfang, in denen laut Initiative rund 98.800 Unterschriften gebündelt wurden. Eine Volksinitiative ist laut Landesverfassung dann zulässig, wenn mindestens 0,5 Prozent der Wahlberechtigten unterschrieben haben – das entspricht rund 66.000 Personen. Prof. Bovermann sagte, er könne sich vorstellen, dass dies ein großer Tag für die Volksinitiative sei, die ihr Anliegen vor etwa einem Jahr beim Innenministerium angezeigt hatte. Er erläuterte, dass der Landtag nun innerhalb von drei Monaten prüfen werde, ob die gesetzlichen und verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für die beantragte Volksinitiative erfüllt sind. Ist dies der Fall, muss sich das Parlament mit dem Thema befassen.

Tarifabschluss und NRW-Etat

16.4.2015 – Eine Übertragung des Tarifabschlusses im Öffentlichen Dienst eins zu eins auf die Beamtinnen und Beamten würde den NRW-Haushalt in diesem und dem kommenden Jahr mit rund einer Milliarde Euro zusätzlich belasten. Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD) sagte im Haushalts- und Finanzausschuss, für 2015 sei mit rund 320 Millionen Euro zu rechnen, 2016 mit etwa 750 Millionen Euro. Ob das Tarifergebnis auch auf die Beamtinnen und Beamten sowie auf Richterinnen und Richter sowie Pensionäre übertragen wird, habe die Landesregierung noch nicht entschieden. Er werde sich vor Beginn der Gespräche mit den Gewerkschaften nicht öffentlich festlegen. Ziel sei, sowohl eine angemessene Besoldung zu garantieren als auch das Ziel einhalten zu können, 2020 einen Haushalt ohne neue Schulden vorzulegen. CDU und FDP kritisierten, dass die Landesregierung sich – im Gegensatz zu Regierungen anderer Bundesländer – nicht festlegen wolle, wie sie mit dem Tarifabschluss umgehe.

„Ich habe mit den Tränen

Orte des Gedenkens und der Erinnerung

In Nordrhein-Westfalen gibt es mehr als 20 Gedenkstätten, die die Erinnerung an das Grauen der NS-Zeit wachhalten. Mitte August will Landtagspräsidentin Carina Gödecke eine Reihe dieser Erinnerungsorte besuchen.

Ihre Ziele: diese Gedenkstätten bekannter zu machen, ihre Weiterentwicklung zu begleiten und das Engagement der vielen Ehrenamtlichen dort zu würdigen, wie die Präsidentin im Interview mit Landtag Intern berichtete. Diese Orte erhielten zunehmende Bedeutung, weil es immer weniger Zeitzeugen gebe, die von den Ereignissen während der NS-Zeit berichten könnten. Stationen der geplanten, mehrtägigen Reise sind u.a. die ehemalige NS-Ordensburg Vogelsang in der Eifel und das frühere Strafgefangenenlager Stalag VI A

in Hemer. Im Interview kündigte die Landtagspräsidentin auch an, dass diese Besuche im August nur ein erster Auftakt seien. Sie will sich bei weiteren Reisen einen Eindruck von allen NS-Gedenkstätten, Dokumentations- und Begegnungszentren, Lern- und Erinnerungsorten verschaffen. Diese sind über ganz Nordrhein-Westfalen verteilt und haben ganz unterschiedliche Schwerpunkte. Eine Übersicht und weitere Informationen zu den Erinnerungsorten finden Sie unter: www.ns-gedenkstaetten.de

Landtagspräsidentin Carina Gödecke wird im August Gedenkstätten besuchen, die an das NS-Grauen erinnern. Landtag Intern sprach mit ihr über ihre Motivation und die große Aktualität dieses Themas.

Frau Präsidentin, können Sie sich daran erinnern, wann Sie zum ersten Mal bewusst mit den Gräueltaten der Nationalsozialisten konfrontiert wurden?

Nicht an einen bestimmten Tag, einen Monat oder ein Jahr. Mein Bruder und ich sind vielmehr von frühester Kindheit an mit dem Bewusstsein aufgewachsen, dass es das NS-Regime gegeben hat, dass es schreckliche Taten und dass es die Konzentrationslager gegeben hat. Und dazu gehörten auch die Bilder aus KZs, die uns sehr bewegt haben, und die uns viele Fragen in den Gesprächen mit unseren Eltern stellen ließen. Ich komme aus einer durch und durch sozialdemokratischen Familie. Meine Eltern – Jahrgang 1927 und 1929 – hatten die tiefe Erkenntnis: Wenn man will, dass so etwas nicht wieder passiert, dann muss man seine Kinder auch in dem Bewusstsein großwerden lassen, dass es das gegeben hat. Später habe ich dann auch erfahren, dass mein Urgroßvater als bekennender Sozialdemokrat im Konzentrationslager saß.

Zum Volkstrauertag 2014 haben Sie auf dem deutschen Soldatenfriedhof in Ysselsteyn (Foto) nahe Venray eine Rede gehalten. Im Mai nehmen sie dort an einer Veranstaltung zum Gedenken an das Ende des Zweiten Weltkrieges vor 70 Jahren teil. Warum sind Ihnen diese Termine wichtig?

Das Landtagspräsidium hat 2013 den Soldatenfriedhof gemeinsam mit Vertretern des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfür-

Parlamentariergruppe besucht Kriegsgräber

Orte der Erinnerung standen auch auf dem Programm der Parlamentariergruppe NRW-Frankreich auf einer Reise zu Gedenkstätten beider Weltkriege in der Normandie und in Nord-Pas-de-Calais (Partnerregion von NRW). Die Bewohner ganzer Landstriche hatten hier unter den Schrecken der Kriege zu leiden. „Die Erinnerung an die Kriege gemahnt uns alle, den Frieden zu bewahren.“ So steht es jetzt im Gästebuch des deutschen Soldatenfriedhofs in Neuville St. Vaast, geschrieben von Vizepräsident Oliver Keymis, Vorsitzender der Parlamentariergruppe. Betroffen machte die Abgeordneten auch der amerikanische Soldatenfriedhof bei Colleville sowie der französische Nationalfriedhof Notre-Dame de Lorette.

Vor diesem Hintergrund beeindruckte die Abgeordneten der neu gestaltete „Ring der Erinnerung“ in Notre-Dame de Lorette: Hier wurden die Namen von 580.000 in der Region Nord-Pas-de-Calais im Ersten Weltkrieg gefallenen Soldaten in alphabetischer Reihenfolge in Metallwände eingraviert – unabhängig von Nationalität, Geschlecht, Dienstgrad oder Religion. Diesen Gedanken greift auch das Anti-Kriegs-Museum in Caen auf. Es dokumentiert den Zweiten Weltkrieg und seine Vorgeschichte, den Ersten Weltkrieg – enthält aber zugleich eine Galerie der Friedensnobelpreisträger. So wird deutlich, was Gedenkstätten auch leisten können: ein Denkanstoß sein für Frieden und Versöhnung.

Doro Dietsch

gekämpft“

sorge (s. Meldung S. 20) besucht und durch Zufall an einer Beisetzung teilgenommen. Denn bis heute werden sterbliche Überreste getöteter Soldaten aus dem Ersten und Zweiten Weltkrieg gefunden. Dort habe ich einen deutschen und einen niederländischen Kriegsveteranen kennengelernt und mit den Tränen gekämpft, als dort zwei ältere, freundliche Herren standen, sich an den Händen hielten, sich vor den Gräbern verneigten und später bereit waren, ihre Lebensgeschichte zu erzählen – und dies nach der erbitterten Feindschaft beider Länder im Krieg. Den Niederländer, Herrn de Winter (87), habe ich zu den Feierlichkeiten zum Volkstrauertag in NRW eingeladen, und er hat seitdem schon zwei Mal mit seiner Frau teilgenommen. Ihm habe ich versprochen, als Landtagspräsidentin auch an Veranstaltungen in den Niederlanden teilzunehmen. Das ist, so glaube ich, ein sehr schönes Zeichen der Freundschaft zwischen Herrn de Winter, seiner Familie und mir als Repräsentantin des Landtags. Mir ist dies auch deshalb wichtig, weil viele über die deutsch-französische Freundschaft sprechen. Dass aber nach dem Krieg auch eine deutsch-niederländische Freundschaft entstanden ist, wird häufig nicht in den Mittelpunkt gerückt.

Sie wollen im August dieses Jahres ausgesuchte NS-Gedenkstätten in Nordrhein-Westfalen besuchen. Mit welcher Motivation?

Ich befasse mich schon sehr lange mit dem Thema, noch intensiver, seitdem ich Landtagspräsidentin bin. Und ich habe festgestellt, wie wichtig auch dort das ehrenamtliche Engagement ist. Ohne die vielen Ehrenamtlichen in den Gedenkstätten gäbe es dieses kollektive Gedächtnis nicht. Je älter wir werden, je wei-

ter das Ende des Zweiten Weltkrieges zurückliegt, desto weniger Zeitzeugen haben wir. Aber wir haben Gebäude, Ausstellungen, Mahnmale, Opfer- und Täterorte. Zudem möchte ich als Landtagspräsidentin den Menschen, die dort engagiert sind, unsere Wertschätzung zeigen. Natürlich wird es auch Berichte über die finanzielle Situation geben und ich werde sicherlich viele Anregungen und Wünsche mitnehmen. Wenn man diese Arbeit auch in 20 Jahren noch ermöglichen will, muss man heute schon überlegen, was dafür notwendig ist.

Das heißt, diese Reise wird nur ein Auftakt sein?

Ich würde gerne alle mehr als 20 Gedenkstätten in NRW besuchen. Spannend ist auch, dass sie sich verändern, sich auf ein neues Publikum einstellen. Es ist gut, wenn wir diese Entwicklung begleiten können. Wenn man in der Gegenwart zurechtkommen und die Zukunft gestalten will, muss man wissen, woher man kommt. Hier geht es auch um Demokratie, Respekt, Vielfalt, Toleranz – Themen, die gerade vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen wichtig sind. Ich denke, dass daher der Zeitpunkt der richtige ist, jetzt die Gedenkstätten zu besuchen.

Sind die Gedenkstätten bekannt genug?

Ich glaube nein. Wir müssen mehr tun. Vielleicht hilft meine Reise, und dass wir in Landtag Intern berichten. Wir haben ja eine große Leserschaft. Und vielleicht können wir Interesse wecken.

Wie nehmen Sie den Umgang der Menschen heute mit dem Thema wahr? Ist das Grauen der NS-Zeit präsent genug?

Das muss man sehr differenziert betrachten. Es gibt immer wieder Anlässe, da ist es sehr präsent. Ich weiß auch, dass es einen großen Teil junger Menschen gibt, die sich sehr für das Thema interessieren, die in ihrer Stadt nach Spuren aus dieser Zeit suchen, sich beispielsweise für das Verlegen von Stolpersteinen engagieren. Aber es gibt auch viele, die nichts über diese Zeit wissen und auch nichts darüber wissen wollen. Und dann kommt oft der Spruch: Das ist doch alles so lange her. Und wir sind doch gar nicht verantwortlich.



Landtagspräsidentin Carina Gödecke

Foto: Schälte

Was antworten Sie darauf?

Bei meinen vielen Schulbesuchen sage ich: Ja, das stimmt, wir alle wurden nach dem Krieg geboren, wir tragen keine individuelle Schuld. Aber wir haben eine kollektive Verantwortung als Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland; und wir tragen Verantwortung für die Gegenwart. Dann ist man sofort bei Themen wie Pegida, bei radikalem Islamismus und Salafismus, bei der Instrumentalisierung einer Religion, bei Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus. Und ich sage den Schülerinnen und Schülern: Ihr seid diejenigen, die in 30 Jahren die Verantwortung in diesem Land tragen. Wenn Ihr Euch nicht mit dem auseinandersetzt, was alles passieren kann, dann wisst Ihr nicht, wann Ihr anfangen müsst aufzupassen. Es gibt immer diejenigen, die nicht zugänglich sind. Da habe ich auch keine Patentlösung. Aber vielleicht sind die vielen anderen, die man erreicht, eine Garantie für Demokratie und Frieden. *Das Interview führten Wibke Busch und Michael Zabka*

AUS DEN FRAKTIONEN

Große Akzeptanz in der Wirtschaft für das Tariftreue- und Vergabegesetz

Seit fast drei Jahren ist das Tariftreue- und Vergabegesetz in Nordrhein-Westfalen nun gültig. Inzwischen ist es auch evaluiert. „Die Ergebnisse zeigen sehr deutlich, dass die Ziele befürwortet werden und die Umsetzung für 92 Prozent der Unternehmen keine Schwierigkeit darstellt“, erklärt Rainer Schmeltzer, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion. Durch das Gesetz kommt es seltener zu Wettbewerbsverzerrungen, auch die Nachhaltigkeitsaspekte treffen auf breiten Konsens. „Da wir Anmerkungen und Hinweise sehr ernst nehmen, werden wir das Gesetz an einigen Stellen nachbessern: Dabei geht es um sprachliche und strukturelle Anpassungen für eine einfachere und prakti-



Rainer Schmeltzer
(SPD)

kablere Anwendbarkeit“, so Rainer Schmeltzer. Dazu trage auch das von Wirtschaftsminister Garrelt Duin vorgeschlagene Bestbieterprinzip bei. Danach muss nur noch das Unternehmen, das den Zuschlag erhält, die geforderten Vorgaben nachweisen. Das würde alle übrigen Bieter von den bürokratischen Vorgaben entlasten. Hilfreich könne ebenfalls eine Servicestelle sein, die gerade

kleineren Firmen sowohl bei Ausschreibungsmodalitäten, als auch bei der Umsetzung des Gesetzes hilft.

Ein Vorschlag von Unternehmensseite: Es soll verstärkt kontrolliert werden, ob die gesetzlichen Vorgaben eingehalten werden. „Das zeigt uns, dass die Wirtschaft am Bestand des

Gesetzes interessiert ist“, kommentiert Rainer Schmeltzer. „Unter dem Strich hat die Evaluierung gezeigt: Das Tariftreue- und Vergabegesetz findet breite Zustimmung, die Ziele werden einvernehmlich begrüßt und zu deren Umsetzung müssen Änderungen zur Vereinfachung und Anwendbarkeit vorgenommen werden. Dies haben wir immer zugesagt. Dies werden wir so umsetzen, damit Wettbewerbsverzerrung bei öffentlichen Aufträgen keine Chance hat!“



Hamid Karzai zu Gast in der CDU-Landtagsfraktion



Foto: Hartmann

Der vormalige Staatspräsident von Afghanistan, Hamid Karzai, war auf Einladung von CDU-Fraktionschef Armin Laschet zu Gast im Düsseldorfer Landtag. Gemeinsam mit dem ehemaligen afghanischen Außenminister und nationalen Sicherheitsberater, Rangin Dadfar

Spanta, und dem Botschafter Afghanistans, Hamid Sidig, berichtete er den Abgeordneten von der aktuellen Lage in seinem Land.

Laschet: „Es ist uns eine Ehre, Präsident Karzai in unserer Fraktion begrüßen zu dürfen. Sein Name ist eng verbunden mit dem Engagement Deutschlands für Frieden und Wiederaufbau in Afghanistan. Seine Präsidentschaft hat 2001 hier bei uns in Nordrhein-Westfalen auf dem Petersberg bei Bonn seinen Anfang genommen.

Über die letzten Jahre hinweg haben viele tausende Soldaten und Polizeibeamte aus Nordrhein-Westfalen ihren Dienst in Afghanis-

tan getan. Sie haben damit einen großen Beitrag zum demokratischen Aufbau des Landes geleistet. Über 200 Polizisten aus unserem Bundesland waren bisher schon im Einsatz. Aktuell sind noch rund 100 Bundeswehr-Soldaten aus Nordrhein-Westfalen vor Ort. Wir wollen den Besuch von Präsident Karzai dafür nutzen, den Dienst unserer Frauen und Männer in Uniform zu würdigen.

Wir bleiben Afghanistan verbunden und nehmen Anteil am Schicksal des afghanischen Volkes. Unser Land trägt eine große internationale Verantwortung – wir tragen sie mit.“



Gute Kitas statt Betreuungsgeld

Gute Bildung von Anfang an ist die beste Prävention gegen Armut und führt zu mehr Bildungsgerechtigkeit. Die frühkindliche Bildung in Kitas leistet einen wesentlichen Beitrag zum Bildungserfolg. Sie ist die erste Bildungsinstitution eines lebenslangen Lernens.

Zudem ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Eltern nur möglich, wenn Betreuung funktioniert. Sie trägt zur wirtschaftlichen Stabilität von Familien und vor allem alleinerziehenden Müttern bei. Und der Bedarf wächst, auch weil junge Mütter und Väter sich zunehmend Familien- und Erwerbsarbeit aufteilen und überkommene Rollenmuster über Bord werfen.

Die rot-grüne Landesregierung hat mit dem Ausbau der U3-Plätze eine Erfolgsgeschichte geschrieben: Seit 2010 stieg das Angebot um

82 Prozent. Im Kindergartenjahr 2015/16 werden mehr als 9.200 zusätzliche Plätze geschaffen, es gibt dann über 161.000 Plätze für unter Dreijährige.

Parallel zum quantitativen Ausbau haben wir in die Qualität der Einrichtungen investiert und die Personalsituation verbessert. Doch die positive Entwicklung muss weiter voran gehen, auch mit Unterstützung des Bundes. Dieser sollte die 900 Millionen Euro, die er für die Kita-Fernhalteprämie ausgibt, lieber in unsere Kitas investieren. Dafür kämpfen wir, wenn das Bundesverfassungsgericht das Betreuungsgeld, wie erwartet, für verfassungswidrig erklärt. ■



Handwerkskongress der FDP-Landtagsfraktion

Handwerk und Mittelstand sind das wirtschaftliche Rückgrat Nordrhein-Westfalens. Wie kann es gestärkt und für die Herausforderungen der Zukunft gerüstet werden? Diese Fragen hat die FDP-Landtagsfraktion auf ihrem Kongress „Handwerk und Mittelstand – treibende Kraft für Wohlstand und Wachstum“ diskutiert. „Das Handwerk verbindet die besten Tugenden der Sozialen Marktwirtschaft. Es ist ein starkes Stück Mittelstand: Inhaber geführte Unternehmen, die Generationenverantwortung über die Ausbildung tragen und die gute Qualität liefern“, unterstrich FDP-Fraktionschef Christian Lindner. Mit hochkarätigen Experten, unter anderem Andreas Ehlert, Präsident des Nordrhein-Westfälischen Handwerkstages und Professor Dr. Detlef Buschfeld, Direktor des Forschungsinstituts für Berufsbildung im Handwerk an der



Universität Köln, debattierte die FDP-Fraktion, Konzepte zur Fachkräftesicherung, der Gewinnung von Frauen für Handwerksberufe und die Chancen der Digitalisierung im „Handwerk 4.0“. Die duale Ausbildung gilt international als beispielhaft. Dennoch sei derzeit ein fragwür-

diger Akademisierungstrend zu verzeichnen. Lindner mahnte eine höhere Wertschätzung der beruflichen Bildung an. Für Gründer und bestehende Betriebe müssen die Rahmenbedingungen verbessert werden, waren sich die Kongress-Teilnehmer einig. „Durch die Bürokratie ist das Handwerk schwierigen Bedingungen ausgesetzt“, kritisierte Ralph Bombis, handwerkspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion. Gerade in NRW würden Unternehmen von der Landesregierung mit Auflagen und Regulierungen wie etwa das Tariffreie- und Vergabegesetz überfrachtet. ■



Offener Ganzttag – offene Baustelle: die OGS benötigt eine Rundumerneuerung



v.l.n.r.: Christian Sandrock/Leiter OGS Benrath/Diakonie, Dr. Norbert Reichel/Ministerium für Schule und Weiterbildung, Thomas Minor/Landeselternschaft Grundschulen NRW, Beate Schweitzer/Grundschulverband NRW, Maika Finnern/GEW, Igor Peter Thom/Elterninitiative Bonn, Moderatorin Edda Dammüller

Die Zustände im Offenen Ganzttag sind chaotisch. Kinder werden zwar betreut, aber von einem Bildungsangebot fehlt jede Spur. Betroffene Eltern demonstrieren für eine bessere Versorgung ihrer Kinder, Einrichtungen klagen über zu geringes Budget und wenig gute Fachkräfte.

Stattdessen steigen die Elternbeiträge, der kommunale Zuschuss reicht nicht.

Schönheitsreparaturen reichen nicht aus, die Offene Ganzttagsschule braucht eine Rundumerneuerung. Bei der Anhörung von Sachverständigen wurde dringender Handlungsbedarf angemahnt. Die aktuellen Rahmenbedingungen

stehen im krassen Gegensatz zur erforderlichen pädagogischen Qualität. Morgens werden z.B. Kinder mit Förderbedarf während des regulären Unterrichtes von einem Schulbegleiter unterstützt, nachmittags werden sie im Offenen Ganzttag oft alleine gelassen.

Bei einer Podiumsdiskussion unserer Fraktion haben sechs Experten über die Zukunft der OGS in NRW diskutiert. Viele Mitarbeiter beklagten unter anderem die schlechte Personalsituation aufgrund schlechter Bezahlung und mangelnder Vollzeitstellen. Anwesende Eltern berichteten von Mängeln bei Spielgelegenheiten und der Essensversorgung.

Die Landesregierung muss jetzt handeln, damit Kommunen und Träger der OGS Angebote ausbauen und die Qualität weiterentwickeln können. ■



PIRATEN FRAKTION
IM LANDTAG NRW

Vielfalt untersuchen und unterstützen

Arbeitsprogramm der Enquetekommission „Familienpolitik“

21. April 2014 – Die Vielfalt, die Familien heute leben, wolle man zum Thema machen. Und sich gleichzeitig mit der Unzulänglichkeit der vorhandenen Instrumentarien beschäftigen. Diese generelle Zielsetzung betonte die Vorsitzende der Enquetekommission Familienpolitik, Ingrid Hack, als sie zusammen mit den Obleuten der fünf Fraktionen das geplante Arbeitsprogramm vorstellte.

Grundlage der Arbeit soll die Analyse des sich wandelnden Bildes von Familie und die sich entsprechend geänderte Familienpolitik sein, so **Ingrid Hack**. Davon nicht zu trennen sei eine Erörterung notwendiger Rahmenbedingungen. Diese Bestandsaufnahme erstreckt sich laut Arbeitsprogramm auf Familienformen, Familienmilieus, Lebenslagen und auch Familienprobleme. Dabei will man die Sicht auf Familie nach Lebensphase, Geschlecht, Erwerbstätigkeit und Migrationshintergrund unterscheiden.

Eine solche Differenzierung beinhaltet zum Beispiel, die Erwartungen von verschiedenen möglichen Familienmitgliedern zu berücksichtigen: von Kindern, Jugendlichen, Großeltern, aber auch pflegebedürftigen Angehörigen. Jeder Teil der Familie habe andere Bedürfnisse, Wünsche und zeitliche Anforderungen. Diese seien zum Beispiel bei Kindern im Kindergartenalter anders als in der Grundschule oder bei Jugendlichen in weiterführenden Schulen. Arbeitswelt und Freizeitbereich bedeuteten wieder andere Herausforderungen im Zeitmanagement. Hinzu komme heute dann der Umgang mit Digitalisierung und Medien.

Als staatliche Aufgaben sieht der Aufgabenkatalog zunächst einmal die Absicherung der finanziellen Situation der Familien vor. Ein konkreter Erörterungspunkt ist dabei die Analyse des Anteils privater Finanzierung der Erziehungskosten. Auf gesamtwirtschaftlicher Ebene geht es dann auch um den Anteil der Bildungsförderung am Bruttosozialprodukt. Neben den finanziellen stehen die qualitativen Fragen: Sind die familienpolitischen Förderinstrumente kindgerecht, angemessen, zielgerichtet? Greifen sie ineinander?

Dies leitet über zu Zielen und Steuerungsmöglichkeiten: Es gehe darum, Familie in ihrer Gesamtheit zu fördern, und das wiederum bedeute, Familienpolitik als Querschnittsaufgabe verschiedener Politikbereiche zu sehen. In diesem Zusammenhang spricht der Aufgabenkatalog auch von einer Stärkung der Bildungskette von Kindertagesstätten und Familienzentren, Schulen, ggf. Familienbildungs- und Beratungsstätten, der außerschulischen und informellen Bildung.

Insgesamt will die Enquetekommission Möglichkeiten der finanziellen und zeitlichen Entlastung von Familien erörtern. Zu den Zielen gehört als ein weiterer Punkt auch der Aspekt der familiengerechten Quartiersentwicklung sowie der Erleichterung von Mobilität. Am Ende sollen dann konkrete Handlungsempfehlungen stehen.

Man wolle Familien „lebbar“ machen, unterstrich **Walter Kern** (CDU). Nach seiner Auffassung werde aktuell die Rolle von Vätern und

Müttern neu interpretiert. Damit einhergehen müsse aber ein neues gesellschaftliches Klima für Familie, das u.a. familienfreundliche Arbeitszeiten beinhalte. Kern forderte „echte Wahlfreiheit“ zwischen Berufs- und Familienarbeit.

Kinder seien immer noch häufigster Armutsgrund in Deutschland, kritisierte **Wolfgang Jörg** (SPD). Festzustellen sei eine strukturelle Benachteiligung von Familien in der Gesellschaft. Gleichzeitig konstatierte er eine Verdichtung im Arbeitsbereich, was sich auch in steigenden Anforderungen an Flexibilität im Interesse der Wirtschaft ausdrücke.

Erwerbsarbeit, Familienarbeit

Vor diesem Hintergrund trat **Jutta Velte** (GRÜNE) für einen ganzheitlichen Ansatz ein. Auch Frauen und Müttern müsse eine gleichberechtigte Teilhabe am Erwerbsleben offenstehen. Dies bedeute konkret eine gerechtere Aufteilung der Haus- und Familienarbeit. Außerdem trat sie dafür ein, mit Blick auf Migrantinnen und Migranten Familienpolitik kultursensibel auszugestalten.

Auch für **Dr. Björn Kerbein** (FDP) ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein zentraler Punkt der Familienpolitik. Er plädierte dafür, sich auf der Grundlage von Erfahrungen von Unternehmen, Gewerkschaften und Betriebsräten mit vorbildlichen Beispielen zu beschäftigen. Jedenfalls dürfe man sich nicht auf ein bestimmtes Familienbild festlegen.

Daran knüpfte **Daniel Dünkel** (PIRATEN) an und erklärte, angesichts der mittlerweile gegebenen Unterschiedlichkeit werde der Versuch spannend sein, den Begriff „Familie“ zu definieren. Für eine finanzielle Förderung brachte er das Modell des Grundeinkommens ins Spiel. Interessant war für ihn auch die Frage: Was kann Landespolitik konkret machen? CW

Enquetekommissionen

Zur Vorbereitung von Entscheidungen über umfangreiche und bedeutsame Sachkomplexe kann der Landtag Enquetekommissionen einsetzen, die in der Regel zwei Jahre lang arbeiten. Ihnen können sowohl Abgeordnete als auch andere Sachverständige angehören.



Foto: Schälte

Persönlich: Andrea Asch (GRÜNE)



Andrea Asch sagt von sich selbst, sie habe eine urgrüne Biografie. Die 56-jährige grüne Landtagsabgeordnete wuchs in einem evangelischen Elternhaus auf, in dem oft schon am Frühstückstisch über Politik diskutiert wurde, nicht zuletzt deshalb, weil ein großer Teil der Familie in der damaligen DDR lebte. Schon mit 16 Jahren machte sie bei den ersten großen Demonstrationen gegen Atomenergie mit und engagierte sich früh in der Friedens- und der Frauenbewegung. Ihr politisches Leitmotiv war dabei von Anfang an das Thema Gerechtigkeit, die seitdem immer weiter auseinander klaffende Schere zwischen Arm und Reich. Spätestens als Studentin entschied sie für sich, dass sie mit ihren politischen Vorstellungen am besten bei den GRÜNEN aufgehoben ist.

Politik für Familien

Das Thema Gerechtigkeit bestimmt auch heute die politische Arbeit der studierten Diplom-Psychologin, ob als stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Familien-, Kinder- und Jugendpolitik oder als Sprecherin der Grünen für diese Fragen sowie für Eine-Welt-Politik und Kirchenfragen. Denn auch wenn das Thema Eine Welt, Hilfe für viele Länder in Afrika und Asien nicht im Mittelpunkt der Landespolitik steht, so können weder Landesregierung noch Landtag die Probleme globaler Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit außer Betracht lassen. Das reicht von direkten Hilfen für das nordrhein-westfälische Partnerland Ghana und die Provinz Mpumalanga in der Republik Südafrika bis zu den Auswirkungen hier getroffener politischer Entscheidungen auf die Dritte Welt. Für Frau Asch steht dabei die Frage im Vordergrund, wie man den afrikanischen Staaten und

vielen anderen Schwellenländern auf anderen Kontinenten helfen kann, ihren natürlichen Reichtum an Bodenschätzen auch in Euro und Dollar umzusetzen.

Im Mittelpunkt ihrer politischen Arbeit geht es nach wie vor um Politik für Familien, vor allem Familien mit Kindern. Andrea Asch ist selbst Mutter von drei Kindern im Alter zwischen 16 und 21 Jahren und sie hat es in ihrem eigenen Leben erfahren, wie schwierig es ist, die Arbeit als Psychologin an einem sozialtherapeutischen Zentrum, das politische und ehrenamtliche Engagement und die Aufgaben in der Familie miteinander zu vereinbaren. Als ihre Kinder klein waren, gab es gerade mal für 5 Prozent der unter Dreijährigen Betreuungsplätze, heute sind es in vielen Städten und Gemeinden bis zu 50 Prozent aller Ein- und Zweijährigen, die in Kitas betreut werden können. „Das ist für junge Familien eine große Entlastung“ und in den Augen der grünen Politikerin auch ein großer Erfolg der rot-grünen Familienpolitik. Nachholbedarf bei der Betreuung der Jüngsten sieht sie bei den jungen Vätern. Ein Vorbild ist dabei ihr eigener Ehemann. Als sie sich 2004 entschloss, aus dem ehrenamtlichen politischen Engagement ihren Hauptberuf zu machen und 2005 in den Landtag gewählt wurde, zog ihr Mann mit und reduzierte seine berufliche Arbeit auf einen Halbtagsjob.

Die nächste große Aufgabe der Landespolitik im Bereich der Familienpolitik ist nach Ansicht von Frau Asch, in Zusammenarbeit mit den Kommunen die Rahmenbedingungen für die Arbeit in den Kindertagesstätten zu verbessern. Schwierig ist es dabei vor allem, die nahezu landesweit unter Geldnot leidenden Kommunen mit ins Boot zu nehmen. „Wir müssen den Kommunen klarmachen, dass Bildungspolitik auch Standortpolitik ist, und der Kindergarten ist der erste Bildungsbereich“, ist die Grüne zuversichtlich. Sie gibt zu bedenken, dass immer häufiger Unternehmen ihre Entscheidungen, wo neue Niederlassungen gegründet werden, nicht zuletzt von der bildungspolitischen Situation vor Ort abhängig machen.

Ebenso wichtig wie ihre politische Arbeit ist für Andrea Asch ihr kulturelles Engagement. Seit drei Jahren ist sie Vorsitzende des Kulturfestivals „Sommerblut“, einem Inklusionsprojekt, bei dem in diesem Jahr 400 Künstler bei 80 Veranstaltungen mitmachen. Auftreten und mitmachen werden dabei auch Menschen mit Behinderungen, Menschen, die am Rand der Gesellschaft leben, benachteiligte Jugendliche und Insassen der Kölner Haftanstalt.

Peter Jansen

Kontrolle des Strafvollzugs

13. April 2015 – Über Erfahrungen mit vollzugsöffnenden Maßnahmen und den Umgang mit älteren Gefangenen sprach die Vollzugskommission des Landtags Nordrhein-Westfalen in Kassel mit Vertretern der dortigen Justizvollzugsanstalt sowie des Hessischen Justizministeriums. Ebenfalls von besonderem Interesse: die Funktion und Ausstattung des dortigen angegliederten Zentralkrankenhauses sowie die Versorgungssituation psychisch auffälliger Inhaftierter.

Dieser Austausch verdeutlicht die Aufgabe der [Vollzugskommission](#), der zwölf Abgeordnete angehören: Sie soll sich – und am Ende den Landtag – über Angelegenheiten des Vollzugs informieren. Dazu gehören der Vollzug der Freiheitsstrafe ebenso wie der Jugendarrest, die Sicherungsverwahrung, der Vollzug der Untersuchungshaft und der bauliche Zustand der Haftanstalten. Aber auch die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in den einzelnen Vollzugsanstalten sind für die Abgeordneten von Interesse.

Regelmäßige Besuche

Um dies leisten zu können, besuchen Mitglieder der Kommission rund alle drei Monate Vollzugseinrichtungen des Landes. In der Regel wird das Besuchsprogramm vorab mit den Einrichtungen abgestimmt, aber auch unangekündigte Besuche sind möglich. Den Abgeordneten sind alle Räume und Einrichtungen einer Anstalt zugänglich zu machen. In jedem Fall soll ermöglicht werden, dass der Justizminister an den Terminen teilnimmt. Im Übrigen trifft sich die Vollzugskommission auch sonst regelmäßig zu Informationsgesprächen mit Vertretern des Justizministeriums.

Möglich sind Gespräche mit der Anstaltsleitung, den Fachdiensten, dem Personalrat, der Gefangenenmitverantwortung und dem Anstaltsbeirat. Was Einzelfälle betrifft, so beschränkt sich die Arbeit der Vollzugskommission auf bloße Unterrichtung; eine Untersuchung dieser Fälle bleibt jedoch der Regierung vorbehalten. Ihre Ergebnisse vergleichen die Abgeordneten – wie jetzt in Kassel – mit Erfahrungen in anderen Bundesländern oder im Ausland und legen im Rechtsausschuss einen ausführlichen Jahresbericht ab.

Die Entstehung der Vollzugskommission geht zurück auf Misshandlungsfälle in der Kölner Justizvollzugsanstalt „Klingelpütz“ Mitte der 60er-Jahre. Die beschriebenen Grundsätze der Arbeit der Kommission wurden dann in der 10. Wahlperiode festgelegt und in den folgenden Wahlperioden nahezu unverändert übernommen.

Kurz notiert

Personalien

Dem Land verpflichtet wurden Karin Schmitt-Promny (GRÜNE) sowie Ulla Thönnissen (CDU) als neue Mitglieder des Landtags. Beide Abgeordnete kommen aus Aachen. Karin Schmitt-Promny folgt auf Daniela Schneckenburger, Ulla Thönnissen auf Volker Jung. Im Rechtsausschuss wurde Dr. Ingo Wolf (FDP) einstimmig zum Nachfolger des langjährigen Vorsitzenden Dr. Robert Orth (FDP) gewählt. Dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss NSU sitzt nunmehr Sven Wolf (SPD) vor.

Gestorben

- 7.4. Volker Jung (CDU) MdL 2012-2015
- 27.3. Ludwig Wilhelm Wördehoff (SPD)
MdL 1975-1985
- 20.4. Franz Karl Ebert (CDU) MdL 1975-1985
- 25.4. Heinrich Ostrop (CDU) MdL 1966-1985

Zukunft braucht Erinnerung

Vom 12. bis 22. Mai 2015 ist im Landtag die Ausstellung „Zukunft braucht Erinnerung“ des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge zu sehen. Diese entstand mit Blick auf die Erfahrungen der beiden weltumfassenden Katastrophen des 20. Jahrhunderts. Der Volksbund ist im Auftrag der Bundesrepublik Deutschland zuständig für alle deutschen Kriegstoten im Ausland. Er stellt das Gedenken an die beiden Weltkriege unter das Leitwort „Versöhnung über Gräbern – Arbeit für den Frieden“. Letztes Jahr erinnerten viele Projekte an den Beginn des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren, dieses Jahr an das Ende des Zweiten Weltkriegs vor 70 Jahren.

Treffen & Termine

- 29.4. – 7.5. Ausstellung „NRW wird leiser“
- 24.5. Jazz-Rally 2015
- 13.5. Teilnahme am Israeltag
- 27.5. Preisverleihung französischer Internet-Wettbewerb „Einst Feind, jetzt Freund“
- 1.6. Israelprojekttag

Landtagsandacht

Dr. Thomas Weckelmann, Beauftragter der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Antonius Hamers, hatten am 30. April 2015 vor Beginn der Plenarsitzung zur Landtagsandacht im Raum der Stille eingeladen.



Eine Nacht für die Kunst im Landtag

Mehr als 3.000 Besucherinnen und Besucher haben am 18. April 2015 die Düsseldorfer „Nacht der Museen“ genutzt, um den Landtag zu besuchen. Das Parlament beteiligte sich erneut mit einem umfangreichen Programm aus Kunst, Lesungen, Vorträgen und Musik an der Kulturveranstaltung. So konnten Interessierte auf eigene Faust die Kunstsammlung des Landtags mit Werken renommierter Künstler wie Otto Piene, Heinz Mack oder Günther Uecker erkunden oder an Führungen teilnehmen. Im Plenarsaal wurden Vorträge zur politischen Arbeit und zum Landtagsgebäude angeboten. Die Kaffeebar war ein beliebter Treffpunkt zu Gesprächen und zum Ausruhen bei Getränken und rheinischen Snacks.

Foto: Hartmann